anxa
87-B
12295

# ie Not der Beamten und die Heimstättenfrage

Herausgegeben vom Kartell Groß-Berlin
des Deutschen Beamtenbundes

Preis 50 Pf.

**Die Programmschrift der deutschen Bodenreformer ist:**

# Die Bodenreform.

**Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Ueberwindung der sozialen Not.**

Von Adolf Damaschke,
Vorsitzender des Bundes Deutscher Bodenreformer.

86.—92. Tausend. 512 Seiten. Preis broschiert 6,— Mark, vornehm gebunden 8,— Mark.

Inhalt:

I. Weder Mammonismus noch Kommunismus!
II. Die Bodenreform und die industrielle Entwicklung.
III. Die Bodenreform und das Agrarproblem.
IV. Die Bodenreform in Israel.
V. Die Bodenreform in Hellas.
VI. Die Bodenreform in Rom und ihre Lehren.
VII. Henry George.
VIII. Die deutsche Bodenreform.
IX. Der Weltkrieg im Lichte der Bodenreform.

**Aus mehr als 1000 Besprechungen:**

**Deutscher Reichs- und Preußischer Staatsanzeiger:** Eine Aufklärungsschrift im besten Sinne, die eine erschöpfende Darstellung der in immer weitere Kreise dringenden Grundsätze der Bodenreform enthält. In logischer Weise wird die große Bedeutung der Fragen, die mit diesem Sammelwort zusammengefaßt werden, das wirtschaftliche und soziale Leben entwickelt und gezeigt, daß zwar manches, aber noch nicht alles verloren ist.

**Dresdener Neuste Nachrichten:** Ein einzigartiges Werk! Wenige Bücher gibt es, die so viele Taten geschaffen haben!

**Soziale Praxis:** Dieses Werk ist nicht bloß für Zehntausende, sondern bald für Hunderttausende deutscher Leser eine Art volkswirtschaftliches Bekenntnisbuch geworden.

**Pfälzische Lehrerzeitung:** Ich darf sagen, daß dies Werk mich ergriffen, erschüttert, aber auch begeistert hat, daß es mir Aus- und Einsichten zeigte, die ich nicht geahnt. Ich habe das Buch mit glühender Seele in einem Zuge gelesen.

---

**Soeben erschien die 8. Auflage (28.—30. Tausend) der**

# Aufgaben der Gemeindepolitik.

Von Adolf Damaschke. — 258 Seiten, Preis 6,— Mark.

**Oberbürgermeister Adickes** (auf dem Dresdener Städtetag): „Dies Buch ist Ihnen wohl allen bekannt!"

**Tägliche Rundschau:** „Es spricht ein neuer, gewaltiger Geist aus ihm."

**Kölnische Volkszeitung:** „Wir möchten seinen Ausführungen die weitgehendste Beachtung wünschen, wie es diese bisher gründlichste Darstellung einer kommunalen Sozialpolitik verdient."

Gegen Einsendung des Betrages kostenfreie Zusendung durch die

**Buchhandlung „Bodenreform" G. m. b. H., Berlin NW, Lessingstr. 11.**

# Die Not der Beamten und die Heimstättenfrage

Herausgegeben vom Kartell Groß-Berlin
des Deutschen Beamtenbundes

Preis 50 Pf.

# Vorwort.

Der unglückliche Ausgang des Krieges und die inneren Unruhen haben das deutsche Volk in eine harte Bedrängnis gebracht. Zur Wiederaufrichtung unseres überaus schwer darniederliegenden Wirtschaftslebens wird es ungeheuerer materieller und ideeller Opfer, sowie der intensiven Mitarbeit weitester Volksschichten bedürfen. Die deutsche Beamten- und Lehrerschaft, die seither eine wichtige Rolle in unserem gesamten Volkskörper gespielt hat, wird auch im neuen Deutschland ihre ganze Kraft einzusetzen haben zum Wiederaufbau eines geordneten Staatswesens und zur Herbeiführung eines normalen Wirtschaftslebens. Nach wie vor erblickt die Beamten- und Lehrerschaft in der richtigen Einschätzung und Bewertung des Grund und Bodens und der tatkräftigen Förderung des Siedlungs- und Heimstättenwesens den geeignetsten Weg zur Besserung unserer gesamten Lebensbedingungen.

Das Kartell Groß-Berlin des deutschen Beamtenbundes glaubte durch die öffentliche Kundgebung vom 17. Juni der deutschen Beamtenschaft und der Siedlungs- und Heimstättenfrage keinen besseren Dienst zu erweisen, als durch den Mund berufener Führer von großen Organisationen und sonstigen im öffentlichen Leben tätigen Persönlichkeiten zum Ausdruck bringen zu lassen, was uns in dieser ernsten Stunde nottut.

Die überaus große Beteiligung an der öffentlichen Kundgebung — der über 1500 Personen große Saal konnte die Besucher nicht alle fassen —, an der Vertreter von Reichs- und Staatsbehörden, ferner eine Anzahl Abgeordneter der verschiedensten Parteirichtungen teilnahmen, hat bewiesen, ein wie großes Interesse an diesen Fragen vorhanden ist.

Um nun den Vortrag Dr. Damaschkes und die übrigen Reden vom 17. Juni weiteren Kreisen zugänglich zu machen, haben wir sämtliche gehaltenen Reden in dieser Broschüre niedergelegt. Möge dies Werkchen den Weg in die weitesten Kreise finden und uns zu einem Reichsheimstättenamt verhelfen, das zur Durchführung des Heimstättengedankens unbedingt notwendig ist, zum Besten der Beamtenschaft und zum Wohle des Volksganzen!

Berlin, im Juli 1919.

**Kartell Groß-Berlin des deutschen Beamtenbundes.**
Geschäftsführender Vorstand.

Geschäftsstelle des Kartells: Berlin N 113, Carmen-Sylva-Str. 115

# Öffentliche Kundgebung der Groß-Berliner Beamtenschaft.

❖

**Veranstaltet vom Kartell Groß-Berlin des Deutschen Beamtenbundes am 17. Juni 1919 in den Sophiensälen in Berlin.**

❖ ❖ ❖

**Ansprache des Versammlungsleiters und 1. Vorsitzenden des Kartells, Postsekretär Beyer:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens des geschäftsführenden Vorstandes des Kartells Groß-Berlin des Deutschen Beamtenbundes eröffne ich hiermit die Versammlung, heiße Sie alle herzlich willkommen und danke für das so zahlreiche Erscheinen. Insbesondere begrüße ich den Hauptredner des Abends, den verdienstvollen Führer der deutschen Bodenreformbewegung und Vorsitzenden des Hauptausschusses für Heimstätten, Dr. Adolf Damaschke. Ebenso willkommen heiße ich die Führer der Groß-Berliner Beamtenorganisationen und die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, die Abgeordneten der Preußischen Landesversammlung, die Pressevertreter und alle übrigen Vertreter von Berufs- und sonstigen Vereinigungen.

Von den Reichs- und Staatsbehörden haben Vertreter entsendet: das Reichsarbeitsministerium, das Landwirtschaftsministerium, der Staatskommissar für das Wohnungswesen und die Eisenbahndirektion Berlin.

Von den Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Christlichen Volkspartei und der Deutsch-demokratischen Partei der Preußischen Landesversammlung sind gleichfalls eine Anzahl Abgeordnete erschienen. (Einladungen waren an sämtliche Fraktionen der Preußischen Landesversammlung ergangen. — Die Fraktionen der Nationalversammlung konnten nicht eingeladen werden, da letztere in Weimar tagte.)

Unser noch junges Kartell, das innerhalb Groß-Berlins über 70 000 Mitglieder in sich vereinigt, tritt mit der heutigen Kundgebung zum ersten Male vor die breite Oeffentlichkeit. Aufgabe des Kartells ist es, neben Beamtenfragen vor allem auch soziale und wirtschaftliche Fragen, die die

Allgemeinheit berühren, zu erörtern und zu bearbeiten. Für ein besonders wichtiges Gebiet halten wir die Wohnungs-, Siedlungs- und Heimstättenfrage, da mit dieser ein Stück unserer Wirtschaftslage in enger Verbindung steht. Zur Gesundung unserer äußerst schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse brauchen wir eine großzügige Siedlung. Die Regierung muß durchdrungen sein von dem Geiste, daß nur die Lösung der Siedlungs- und Heimstättenfrage in Stadt und Land unser Volk vor dem Untergange bewahren kann. Vor allem fordern wir Abschaffung jeglicher Grund- und Bodenspekulation. — Möge der heutige Abend dazu angetan sein, die gesamte Heimstättenfrage erneut zu beleben und in die weitesten Volksschichten zu tragen bis zu einem endlichen und vollen Siege! Das Wort hat nunmehr Herr Dr. Damaschke zu seinem Hauptvortrage:

## Die Not der Beamten und die Wohnungs- und Heimstättenfrage.

Dr. jur. h. c. **A. Damaschke:** Ich beglückwünsche Ihr junges Kartell zu dem Erfolge seiner Einladung. Trotz der schwülen Sommerhitze und des Zeitungsstreiks eine derartig überfüllte Versammlung — das bedeutet, daß Sie es verstanden haben, eine Lebensfrage des deutschen Beamtentums auf die Tagesordnung zu setzen!

Mit Freuden bin ich Ihrer Einladung gefolgt, weil mir gerade die Behandlung dieses Themas in Ihren Kreisen eine Gewähr dafür zu sein scheint, daß nun auch die Beamten entschlossen sind, über die reinen Fachfragen hinaus klar und fest ihre Schuldigkeit zu tun als Staatsbürger. Wie Sie wissen, war ich 10 Jahre lang auch praktisch im städtischen Schuldienst tätig, und selbstverständlich bin ich heute noch Mitglied meiner Berufsorganisation und als solcher auch ein Glied Ihres Deutschen Beamtenbundes. Seitdem das Schicksal vor Jahrzehnten mich in andere Bahnen getrieben hat, habe ich mit mancherlei Menschen zusammengesessen und mancherlei Urteile auch über deutsche Beamte hören können. Wie oft habe ich dabei ein Wort des Bedauerns hören müssen, daß viele Beamtenorganisationen sich lediglich auf Fachfragen, namentlich auf Gehaltsfragen, beschränkten, für andere große Aufgaben aber, die die Beamten mit den anderen Volksgenossen verbänden, verhältnismäßig wenig Kraft einsetzten!

Ich habe stets betont, daß diese Vorwürfe nur von Ausnahmeerscheinungen ausgehen; aber ich selbst — ich gestehe es offen — habe es doch, gerade weil ich mich Ihnen stets eng verbunden fühlte, selbst mehr als einmal bedauert, daß Sie Ihre so große Macht nicht anders im öffentlichen Leben zur Geltung brachten!

Nun ist die neue Zeit gekommen, die, wie sie sich auch immer im einzelnen gestalten mag, den Sieg des demokratischen Gedankens in der Innenpolitik bedeutet. Wer jetzt etwas gelten will, der muß sich im öffentlichen Leben rühren. Indem ich den Deutschen Beamtenbund mit großer Freude begrüße, möchte ich nur wünschen, daß alle seine Organisationen die Zeichen der Zeit verstehen, und die geschichtliche Aufgabe erkennnen, die in dieser großen Uebergangszeit den deutschen Beamten zugewiesen ist: „Maßvoll und besonnen, aber auch fest entschlossen die Sache aller ehrlichen Arbeit mitzuvertreten und den Weg freizumachen zu einer organischen Emporentwicklung unseres Volkstums!“

Was nun die Beamtenfragen insbesondere anbetrifft, so ist es nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht, daß sie in der sozialen Stufenleiter sich nicht herunterdrücken lassen. Will man, daß ein Beamter seine ganze Kraft seinem Dienste widmet, will man einen gesunden, unbestechlichen Beamtenstand, so soll man auch dafür sorgen, daß — nach dem alten Bibelwort — er seine Pflicht mit Freuden tun kann und nicht mit Seufzen. Gewiß, manche Gehaltsforderungen der Beamten würden noch vor fünf Jahren als ganz ungeheuerlich erschienen sein. Vor fünf Jahren wären sie es vielleicht auch gewesen; man vergesse aber nicht, daß wir mitten in einer Preisrevolution stehen, wie sie eben nur zu Zeiten großer Umwälzungen einzutreten pflegen. Ich will nur eine Erinnerung wachrufen, und zwar an die Zeit, in der das Mittelalter mit seiner Naturalwirtschaft versank, und durch die Erschließung der Gold- und Silberschätze der neuen Welt die Geldwirtschaft heraufstieg. Da trat eine ähnliche Preisrevolution ein wie jetzt. Auch dazumal konnten die Beamten nicht auskommen; Luther aber rechtfertigt in seiner „Vermahnung zum Gebet wider die Türken" (1541) die Forderungen der Pfarrer, jetzt statt 30 Gulden Jahresgehalt 90 oder gar 100 zu verlangen:

„Niemand bedenkt, daß wer zuvor mit 30 Gülden zukommen ist, der kann itzt kaum mit 100 Gülden zukommen. Warumb? Vorhin galt ein Scheffel Korn zween, drei Groschen, ein Mandel Eier drei Pfennig, und so fortan in allen Stücken: itzt muß das Korn 9, 10, 11, 12 Groschen, ein Mandel Eier 18 Pfennig gelten."

Wir halten fest: nicht auf die nominellen Geldforderungen kommt es an — Geld kann man weder essen noch trinken, noch darin wohnen, noch sich darin kleiden. Für die Lebenshaltung der Beamten kommt es auf den realen Lohn an, d. h. auf das, was für das gezahlte Geld an notwendigen Lebensbedürfnissen erstanden werden kann. Wie hat sich nun die Lage der deutschen Beamten entwickelt, wenn man nun diesen einzig zutreffenden Gesichtspunkt zugrunde legt? Wir sind in der Lage, uns hier auf Material zu stützen, das noch niemand anzufechten gewagt hat. Im „Jahrbuch der Bodenreform" 1911 hat der damalige Wirkl. Geh. Admiralitätsrat Dr. Danneel über „Die finanzielle Not der Beamten und die Bodenreform" eine eingehende Untersuchung angestellt, in der er die Lebenshaltung der preußischen Beamten und ihre Stellung in der sozialen Stufenleiter im Jahre 1854 und 1908 miteinander verglich.

Das Ergebnis ist erschreckend:

| Die Beamten der Wohnungsgeldzuschußklasse | welche 1854 ein Durchschnittseinkommen hatten von | hatten 1908 ein Einkommen erreicht von | während sie schon 1906 hätten beziehen müssen |
|---|---|---|---|
| | M. | M. | M. |
| II | 6645 | 11 100 | 23 500—24 500 |
| III | 3311 | 6 124 | 8 500— 9 500 |
| IV | 1840 | 3 597 | 6 000— 6 500 |
| V | 905 | 1 975 | 2 400— 2 700 |

um sich 1906 in der ihrer sozialen Schicht von 1854 entsprechenden Schicht zu befinden!

Wohlverstanden, das war vor dem Krieg, als noch Mieten und Lebensmittelpreise galten, die uns heute schon anmuten wie Märchen aus längst ver-

gangenen goldenen Tagen. Die feine und sorgfältige Arbeit von Exzellenz Danneel klingt in der Feststellung aus, daß ohne Bodenreform keine dauernde Besserung der Lebenshaltung der deutschen Beamtenschaft möglich sei.

Nehmen wir ein Teilgebiet heraus, allerdings das wichtigste, das über die Lebenshaltung einer Familie schlechthin entscheidet: die Wohnungsfrage. Der Vorsitzende des Berliner Lehrervereins, W. Flügel, hat einmal im „Jahrbuch der Bodenreform" (1910) folgende Angaben gemacht:

„Der Berliner Lehrerverein hat kürzlich eine Statistik über die Wohnungsverhältnisse seiner Mitglieder aufgenommen. Es gelang ihm, die gewünschten Angaben von 1700 Familien zu erlangen. Nach den Ausführungsbestimmungen zu den Vorschriften über die Dienstwohnungen der Reichsbeamten erachtet die Reichspostverwaltung für den mittleren Beamten 4, bzw. 5 Wohn- und Schlafräume nebst dem erforderlichen Zubehör bei einer gesamten Wohnfläche von 100, bzw. 125 qm für erforderlich. Dasselbe gilt für die Dienstwohnungen der Beamten der preußischen Eisenbahnverwaltung. So hoch hat sich die Statistik des Berliner Lehrervereins gar nicht einmal verstiegen. Sie ist nur bis zu 85 qm Wohnfläche hinaufgegangen. Dabei hat sich herausgestellt, daß von den 1700 Familien nicht weniger als 1406, d. s. 82 %, in Räumen wohnen, die bei weitem nicht den Anforderungen entsprechen, die die Reichspostverwaltung oder die preußische Eisenbahnverwaltung an die Dienstwohnungen ihrer mittleren Beamten stellen.

Ein Ministerialerlaß, nicht gerade jüngeren Datums — er stammt vom 15. November 1895 —, bezeichnet als unterste Grenze für den Raumbedarf eines Lehrers auf dem Lande, also in guter gesunder Luft, 65 qm. Messen wir an dieser untersten Grenze, die von den Anforderungen der fortschreitenden Kultur längst überholt ist, die Ergebnisse der Berliner Statistik, so müssen wir leider feststellen, daß 676 von den 1700 Familien, d. s. 39 %, Räume bewohnen, die nicht einmal dem entsprechen, was als Mindestmaß für die engste Lehrerwohnung auf dem Lande vorgesehen ist. Das Elend wirkt plastischer, wenn man sich vergegenwärtigt, daß, wie die Statistik lehrt, in diesen gänzlich unzureichenden Räumen Familien mit 1, 2, 3, 4, 5 und mehr Kindern wohnen! Doch nicht genug! 160 von den statistisch erfaßten Familien hausen in Wohngelassen von weniger als 50 qm Bodenfläche, darunter 7 Familien mit 3 Kindern und 17 Familien mit 2 Kindern — unter ihnen auch solche verschiedenen Geschlechts über 14 Jahre alt. Eine Anzahl dieser Wohnungen figuriert noch stolz als Dreizimmerwohnung! Wieviel Raum mag da auf das einzelne Zimmer entfallen? Verdient ein solches Loch noch die Bezeichnung „Zimmer"?"

In dem Jahrfünft 1903 bis 1908 starben nach den Sterbetafeln des Verbandes mittlerer Reichs-Post- und Telegraphenbeamten 573 Postbeamte — darunter nicht weniger als 167 an Tuberkulose, d. h. an der Krankheit, die aus licht- und luftlosen Wohn- und Diensträumen emporzusteigen pflegt.

Das sind die Verhältnisse bei den mittleren Beamten. Wie diese dann bei den untern Beamten liegen müssen, liegt auf der Hand. Ich erinnere nur an die Denkschrift des Zentralverbandes deutscher Eisenbahner vom Jahre 1914. Wir greifen ein paar Bilder heraus, und zwar mit Absicht aus kleineren Orten: In Glockstein und Arys „wohnen, schlafen und kochen fünf bis

acht Personen in einer Stube". — In Beddin „kommt es vor, daß eine achtköpfige Familie nur ein Schlafzimmer hat". — In Laskowitz wohnen Mann, Frau und vier erwachsene Kinder „in Stube und Küche mit den kleinsten Raumverhältnissen. Trennung der Geschlechter vollständig unmöglich." Und auch die Mieten für diese „Wohnungen" steigen wesentlich schneller als Gehälter und Löhne; denn von den fünf Jahren 1908 bis 1913 muß die Denkschrift feststellen: „Mietssteigerungen sind überall vorgenommen worden; berücksichtigt man alle Faktoren, so kann man mit Bestimmtheit sagen, daß das Niveau der Wohnungsmieten sich um 25 % gehoben hat."

Wie das Leben der Beamten, so wird auch das Leben unseres ganzen Volkes, wenn auch nicht allein, so doch aufs tiefste mitbestimmt durch den Umfang und die Art der Heimstätte, an die das Familienleben gebunden ist. Wir müssen ehrlich sein und uns gestehen, daß wir hier die dunkelste Seite unseres ganzen Kulturlebens berühren. Ich will nicht viele Worte geben, nur zwei amtliche unangreifbare Zahlen, und zwar aus der Zeit des glänzenden Aufschwungs, um den uns die Völker der Erde beneidet haben. Wie wohnte unser reiches, beneidetes Volk?

Als „übervölkert" faßt das „Statistische Jahrbuch deutscher Städte" nur Wohnungen auf, die entweder gar kein heizbares oder nur ein heizbares Zimmer haben und dauernd von sechs und mehr als sechs Personen besetzt sind, oder solche Wohnungen, die zwei heizbare Zimmer aufweisen und dauernd von 11 und mehr als 11 Menschen verschiedenen Alters und Geschlechts bewohnt werden. Solcher Wohnungen wurden gezählt bei der amtlichen Wohnungsaufnahme am 1. Dezember 1905:

| | |
|---|---|
| Plauen | 3 660 |
| Leipzig | 3 987 |
| Königsberg | 4 630 |
| Hamburg | 5 662 |
| Chemnitz | 7 457 |
| Berlin | 24 440 |

Was für ein Meer von Elend flutet unter diesen trockenen Zahlen? Es gibt manche tüchtige Menschen, die glauben, ihre Schuldigkeit zu tun, wenn sie ihr Geld und ihre Kraft in Vereinen zur Hebung der Sittlichkeit oder der Mäßigkeit oder der Kunst im Volke verwenden. Solange Hunderttausenden von Volksgenossen die einfachsten Vorbedingungen eines gesunden und sittlichen Familienlebens fehlen, wird jede solcher Bestrebungen zu einer Unwahrheit, wenn sie sich an diesen harten sozialen Erkenntnissen feige vorbeidrückt.

Ich entsinne mich eines Vortrags in einer Beamtenstadt vor vielen Jahren. Die Marinebeamten hatten um eine Gehaltserhöhung gebeten; man beriet im Reichstag darüber, und jetzt klagte mir der Vorstand vor der Versammlung: „In unserer Beamtenstadt werden die Mieten so gesteigert, daß, wenn die erwartete Erhöhung kommt, die meisten unserer Mitglieder durchaus nicht aufgebessert sind, sondern die Gehaltsaufbesserung für die Mietserhöhung hingeben müssen. Natürlich müssen wir dann wieder petitionieren. Vorgesetzte und Bürger jammern über die Beamten, die „nie genug bekommen können", und zum Schluß erhalten unsere Familien von all den Steigerungen das allerwenigste, solange eben das heutige Bodenrecht besteht!"

Und vergessen wir nicht: So wie den Beamten geht es den Vertretern aller ehrlichen Arbeit, die keine eigene Heimstätte besitzen. Der Handwerker, der Geschäftsmann arbeitet und müht sich und gewinnt durch seine Tätigkeit Absatz und Kunden. Die Antwort darauf ist die Erhöhung der Miete seines Ladens, seiner Werkstatt! Dem Arbeiter gelang es — oft nach schweren Kämpfen —, durch gewerkschaftliche Tätigkeit eine Erhöhung des Lohnes herbeizuführen: die nächste Erhöhung der Wohnungsmiete verschlang den größten Teil davon! In der Programmschrift unserer Bewegung, meiner „Bodenreform, Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Ueberwindung der sozialen Not" (92. Tausend 1919) habe ich ganze Seiten gefüllt mit Bezeugungen der Gewerbeinspektoren, aus denen dieser unselige Zusammenhang klar hervorgeht. Wir kommen nicht zu einer friedlichen, organischen Emporentwicklung der Massen unseres Volkes, die von ehrlicher Arbeit leben wollen, solange das heutige Bodenrecht besteht, das seinen Nutznießern erlaubt, durch die steigende Grundrente den wachsenden Arbeitsertrag zum größten Teile aufzusaugen. Es ist klar, daß hier begonnen werden muß, wenn man eine wirkliche Gesundung unserer sozialen Verhältnisse erstrebt. Aus diesem Grunde hat am 20. März 1915 unser Bund Deutscher Bodenreformer mit 28 befreundeten Organisationen, darunter wichtigen Beamtenvereinen, den „Hauptausschuß für Kriegerheimstätten" ins Leben gerufen. Was uns dazu trieb, war in erster Reihe die Erinnerung an 1871. Am 10. Mai wurde der Friede geschlossen; die siegreich heimkehrenden Krieger waren mit Dankesworten und Blumen überschüttet worden. Aber am 1. Oktober 1871 lagen allein in Berlin 10 600 Menschen obdachlos auf der Straße. In elenden Baracken in den Straßen und vor den Toren suchten sie notdürftiges Unterkommen. Polizei und Feuerwehr mußten diese ordnungswidrigen Niederlassungen nach und nach auflösen. Da kam es zum erstenmal vor, daß ein heimgekehrter Landwehrmann die alte schwarzweiße Preußenfahne mit einem roten Tuch vertauschte. Das weckte allgemeines Gelächter; denn bei der letzten Berliner Wahl 1871 hatte die Sozialdemokratie in dem ausgesprochensten Arbeiterviertel im 6. Wahlkreis ganze 82 Stimmen erhalten! Nach dieser Enttäuschung aber stieg in diesem Bezirk ihre Zahl auf 2523.

Und was taten denn die liberalen Wortführer, die auf der Höhe ihres Einflusses standen? Sie hatten eben nur das Schlagwort von der Selbsthilfe, das schon Lassalle zu dem Spott geführt hatte, daß nach ihnen der Staat nur die Aufgabe eines Nachtwächters habe, ruhestörenden Lärm und groben Unfug zu verhüten. Dem Massenelend, der Verzweiflung von Tausenden von heimkehrenden Landwehrleuten, die obdachlos waren, oder unter schwerster Mietssteigerung seufzten, standen auf der anderen Seite ungeheure Gewinne gegenüber. Der „Jahresbericht für Hypotheken und Grundbesitz pro 1871", den E. Salomon am 20. Januar 1872 erscheinen ließ, stellte mit Freude fest:

> „Das verflossene Jahr kann wohl als eines der ergiebigsten und günstigsten für den sogenannten Realkredit und Immobilienverkehr der letzten zehn Jahre bezeichnet werden. . . .
>
> Gleich nach Friedensschluß trat eine bedeutende Nachfrage nach Grundbesitz ein, dessen Folge eine ganz enorme Steigerung der Mieten war."

Ueber die Wirkung solcher Bodenpreissteigerungen führte der Direktor des Preuß. Statistischen Amtes, Geheimrat Engel, u. a. aus:

„Der „Aktien-Bauverein Tiergarten" macht unter dem 15. Februar 1872 bekannt, daß er von seinem Besitze, dem 6400 Quadratruten umfassenden Park Birkenwäldchen, etwa 3300 Quadratruten verkauft und daran bis dato (die Gesellschaft wurde am 12. Januar 1872 gegründet), also in etwa vier Wochen, einen Gewinn von 330 000 Talern realisiert habe. ...

So sind Hunderttausende von Quadratruten Bauterrain in der Umgegend von Berlin gekauft und wieder verkauft worden, an welchen für die ersten glücklichen Verkäufer viele Millionen von Talern hängen blieben." —

Eine solche Erfahrung durfte ein Volk nur einmal machen. Und was bei unseren Vätern vielleicht entschuldigt werden kann aus Kurzsichtigkeit, das mußte uns, die wir jene Lehren kannten, zur sittlichen Schuld werden. Aus diesem Grund forderte der „Hauptausschuß für Kriegerheimstätten" als würdigen Dank für die heimkehrenden Krieger die Hilfe zur Errichtung von Wohnheimstätten (Kleinhaus mit Nutzgarten) oder — bei beruflicher Vorbildung — von Wirtschaftsheimstätten (kleinbäuerliches und gärtnerisches Anwesen). Es wurden „Grundzüge" aufgestellt, und endlich von Professor von Blume (Tübingen), Geheimrat Professor Erman (Münster) und mir ein fertiger Gesetzentwurf vorgelegt (Verlag Berlin, Bodenreform, Preis 0,50 Mark).

Der Gedanke der Heimstätten hat im deutschen Volk gezündet wie nie ein sozialer Gedanke vorher. Aus den 28 Organisationen von 1915 sind heute über 3700 Behörden und Organisationen aller Art geworden, die mehr als sechs Millionen deutsche Familien umfassen.

Und es gelang, die Frage dem Parteistreit zu entziehen. Am 24. Mai 1916 nahm der Deutsche Reichstag einstimmig folgende Entschließung an:

„Der Herr Reichskanzler wird ersucht, die Bestrebungen nach Schaffung von Heimstätten für Kriegsteilnehmer oder deren versorgungsberechtigte Hinterbliebene tatkräftig zu fördern und baldmöglichst einer gesetzlichen Regelung zu unterziehen mit dem Ziele, Rechtsgrundlagen zu schaffen, welche solche Heimstätten ihrem Zweck dauernd erhalten."

Es lohnt sich, einen Augenblick zu überlegen, wie die deutsche Entwicklung hätte gehen können, wenn wir einen Staatsmann gefunden hätten, der diesen von allen Parteien getragenen Gedanken aufgenommen und bewußt in den Mittelpunkt der innerpolitischen Entwicklung gestellt hätte! Aber von Herrn von Bethmann Hollweg war nichts zu erlangen als freundliche Briefe, daß „Erwägungen" angestellt würden.

Bei einem meiner Vorträge in München hatte der Kardinal-Erzbischof von Bettinger seinen Beitritt zum Bund Deutscher Bodenreformer erklärt: „Ich will, daß die Kirche, die ich vertrete, in dieser Frage nicht mitgeht oder gar nachhinkt, sondern sie soll vorangehen; denn es wird die Stunde kommen, und zwar bald, wo das Volk seine wahren Freunde erkennen wird an der Stellung zu dieser Frage." Bei meiner Rückkehr in Berlin fand ich einen Brief von dem evangelischen Generalsuperintendenten Dr. Lahusen, daß er bis jetzt meine Wege mit seinen Gebeten begleitet habe, jetzt aber in der Stunde der Entscheidung sich auch als Mitglied in Reih' und Glied stellen wolle. Und endlich beschloß in denselben Tagen die Generalkommission der freien Gewerkschaften nach lebhafter und eingehender Aussprache einstimmig, sich auch unserem

„Hauptausschuß" anzuschließen. Unter Hinweis auf diese bedeutsamen Zeichen der Zeit aus allen Lagern drängte ich noch einmal. Graf Zech, der Schwiegersohn Bethmann Hollwegs, empfing mich freundlich und versprach jede Förderung. Aber das Ergebnis blieb: die „Erwägungen" wurden fortgesetzt.

Der Gedanke, der das große soziale Friedenswerk am schwersten schädigte, ging aus von dem „Schutzverband für Grundbesitz", den der Führer der Berliner gewerbsmäßigen Terrainspekulation, Herr Haberland, und der Vorsitzende der Berliner Grundstücksmakler, Herr Rosenbaum, einst ins Leben gerufen hatten, und der unter seinen Präsidenten, dem Fürsten von Salm-Horstmar und Professor van der Borght, dank der hinter ihm stehenden ungeheuren Mittel, starken Einfluß gewinnen konnte. Das „Gesamtpräsidium" dieses Schutzverbandes hat am 29. November 1915 eine Entschließung angenommen, die sich — natürlich! — auch für Kriegerheimstätten aussprach. Aber die Ansiedlung

„hat auch zu gutem deutschen Rechte zu erfolgen, nicht zu einem schlechteren Recht, wie es die Bodenreformer empfehlen. Insbesondere ist es fehlerhaft und entschieden zu verwerfen, wenn der Krieger die Heimstätte nicht unbeschränkt veräußern darf."

Damit war die Erstellung von Heimstätten natürlich überhaupt undenkbar. Denn sie waren nur möglich, wenn billiger Boden entweder aus öffentlicher Hand oder billig enteignet den heimkehrenden Kriegern zur Verfügung gestellt werden konnte. Welcher Minister, Bürgermeister, Pfarrer aber konnte, ja durfte Staats-, Gemeinde-, Kirchenland billig für Heimstätten zur Verfügung stellen, wenn der Heimstätter es heute oder morgen mit einem privaten Vorteil weiterverkaufen und es so seiner sozialen Aufgabe entziehen konnte? Aber dieser Gedanke lag lähmend auf der ganzen Entwicklung, zumal als noch ein Mann wie Exzellenz Helfferich es verstand, das Heimstättenrecht der Bodenreformer (übrigens eine Ausbildung des tausendfach bewährten „Ulmer Wiederkaufsrechts") an entscheidender Stelle als „minderes Recht" hinzustellen. Vergebens schrieb der preußische Kronsyndikus Professor Zorn mir ein Gutachten, in dem es hieß:

„Wie freies Eigentum nutzbar, dürfen diese Heimstätten weder unbeschränkt veräußerlich noch unbeschränkt verschuldet sein. Nach beiden Richtungen muß vielmehr eine feste Grenze gezogen werden, damit nicht der Segen der Kriegerheimstätten sich in den Fluch der Bodenspekulation verwandle. Diese Schranken werden nicht minderes Recht sein, wie man wohl behauptet hat, sondern sie werden höheres Recht sein: altes, echtes, deutsches Recht."

Unterdessen wurde diese Frage immer mehr eine Schicksalsfrage. Denn gerade unter den kämpfenden Truppen hatte der Gedanke der Heimstätte eine Fülle von Hoffnungen geweckt. Auf Grund dieser Tatsache wurde ich ins Große Hauptquartier geladen und habe dort in einem Vortrag und in langer eingehender Aussprache vor unseren ersten Heerführern den Gedanken vertreten können.

Hindenburg legte seine Stellung in diesem Schreiben nieder:

Chef des Generalstabes
des Feldheeres.

Gr. H.-Qu., 16. 12. 17.

Sehr geehrter Herr Damaschke!

Die Arbeit des „Hauptausschusses für Kriegerheimstätten" findet mein volles Verständnis.

Unsere Krieger, die ihr Vaterland unter schwersten Opfern so ruhmvoll vor dem Verderben geschützt haben, dürfen bei ihrer siegreichen Heimkehr nicht mit Wohnungselend empfangen oder gar mit Frau und Kindern der Obdachlosigkeit preisgegeben werden.

Das Vaterland soll jedem, der von ehrlicher Arbeit leben will, dazu helfen, ein vor Wucherhänden geschütztes Heim zu gewinnen, in dem deutsches Familienleben und der Aufwuchs an Leib und Seele gesunder Kinder möglich ist. Das will Ihre Bewegung, und deshalb werden die besten Wünsche aller derer mit Ihrer Arbeit sein, welche die Größe unserer Zeit erkannt haben und es ehrlich mit unseren Kriegern und unserem Volke meinen.

Es handelt sich hier um ein Werk von größter sozialer Tragweite. Je eher dieses in Angriff genommen wird, desto mehr wird es eine Quelle neuer Freudigkeit und dankbarer Hingebung unserer tapferen Truppen werden.

v. Hindenburg.

Aber es gelang nicht, den Widerstand gegen das Heimstättenrecht zu überwinden, auch nicht, als das Große Hauptquartier es in wiederholten Eingaben vom Juni und September 1918 als eine unserer „dringendsten Aufgaben für die Stimmung des Heeres" forderte. Am 26. Oktober 1918 noch schrieb mir ein Seminarlehrer aus dem Felde:

„Welche ungeheuren Möglichkeiten hat unsere Regierung unausgenutzt liegen lassen! Welch ein Nibelungenhort an Begeisterung liegt im Worte Kriegerheimstätten. Man glaubt ja gar nicht, wie sehr sich der kleine Mann im Schützengraben mit diesem Gedanken begeistern kann! „Ach, wäre das schön", sagt er glänzenden Auges. Im nächsten Augenblicke aber senkt er das Haupt: „Aber daraus wird ja nichts! Das lassen die Großen nicht zu." — Hätte man zur rechten Zeit den Widerstand der Grundstücksspekulanten usw. gebrochen, wie ständen wir jetzt anders da! Zu spät! Zu spät, das ist der Fluch unserer inneren Politik!" —

Nach der Umwälzung habe ich für die Kriegerheimstätten eine Eingabe um eine Notverordnung gemacht, der sofort mehr als 500 Arbeiter- und Soldatenräte zustimmten.

Auf dem ersten deutschen Arbeiter- und Soldatenräte-Kongreß am 16. bis 20. Dezember 1918 in Berlin hat die große „Soldatenfraktion" sich einstimmig auf den Boden dieser Eingabe gestellt:

„Bisher wurden Arbeiter, Angestellte, Beamte, Handwerker, alle schaffenden Stände um die Erhöhung des Ertrages ihrer Arbeit durch Miets- und Pachtsteigerungen betrogen.

Billige und gesunde Heimstätten, dauernd geschützt vor jedem Mißbrauch, werden nach jeder Richtung zur Gesundung unseres Volkes wesentlich beitragen."

Und der Antrag klang aus mit einer grundsätzlichen bodenreformerischen Begründung:

„Durch diese Notverordnung wird auch schon vor der Nationalversammlung der große Grundsatz festgelegt werden, daß der vaterländische Boden, der durch diesen Krieg mit einer ungeheuren Bluthypothek belastet ist, für alle Zukunft davor bewahrt bleiben soll, wie eine beliebige Ware behandelt, jedem Mißbrauch ausgesetzt und zu einem Gegenstand des Wuchers und der Ausbeutung erniedrigt zu werden."

Der Kongreß überwies die Entschließung einstimmig der Regierung zur Berücksichtigung, ohne daß doch bisher etwas Maßgebendes erfolgte. —

Gewiß ist inzwischen mancherlei Dankenswertes geschehen. Gewiß gibt es Schwierigkeiten sehr ernster Art. Ich erinnere nur an den Mangel an den gewohnten Baustoffen und an ihre Verteuerung. Aber das stete Betonen dieser Erschwernisse bringt uns nicht weiter. Auch hier wird die Not erfinderisch machen. Ich weise z. B. auf die Schriften des Baurats Siebold hin, des vielerfahrenen Baumeisters der Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel. Man greife durch. Man verbiete im Notfall ruhig den Bau aller Luxushäuser, Theater, Warenhäuser — bis der Bedarf an Heimstätten gedeckt ist. Vor allem aber schaffe man ein Reichsheimstättenamt, das die Heimstättenbildung in Stadt und Land unter einheitliche Leitung nimmt. Nach meiner Ueberzeugung wird die wichtigste Aufgabe nicht allein liegen in der städtischen Wohnungsreform und nicht in der bäuerlichen Innenkolonisation — das wichtigste Gebiet wird die Zone zwischen Stadt und Land sein. Es wird das Gebiet der halbstädtischen, halbländlichen Siedlung sein, für das wir in unserem Gesetzentwurf „Wohnheimstätten" fordern im Ausmaß eines Gartenrentenguts (Kleinhaus mit Nutzgarten von etwa 1250 qm Fläche). In solchen Wohnheimstätten muß unsere Stadtbevölkerung erst einmal wieder einwurzeln, die Pflege der Pflanzen, der Kleintiere lernen, den Weg wieder finden zum Vaterland im eigensten Sinne des Wortes, aus dem die treibhausartige Entwicklung der letzten zwei Menschenalter unser Volk gerissen hat. Hier muß angefangen werden, und zwar sogleich mit aller Kraft. Durch solche Heimstättenbildungen allein auch kann aller andere soziale Fortschritt ein Segen werden. Ich erinnere nur an den Achtstundentag. Gewiß ein Segen! Aber sollen die Beamten, Angestellten, Arbeiter nun die neugewonnene Freizeit sitzen in den elenden luft- und lichtlosen städtischen Wohnungen? Wie ganz anders, wenn die errungene Freizeit im eigenen Heim, im eigenen Garten eine Quelle der Erholung und Gesundung werden könnte. Und mehr als das. Jede Arbeit im Großbetrieb, auch im Beamtentum, muß unwillkürlich etwas Mechanisches an sich tragen. Welch eine seelische Ergänzung und Erneuerung kann da die Arbeit bieten in der eigenen Heimstätte, im eigenen Garten, in dem jeder einzelne in voller Unabhängigkeit schöpferisch zu gestalten vermag? Und kehren wir zurück zu dem größten Schatz unseres Volkes, zu unseren Kindern. Welch eine Fülle von Segen erschließt hier die Heimstätte mit Garten für alles Familienleben und für unsere Jugend! —

Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Die neue Zeit wirft täglich neue Fragen auf. Es gilt für die Menschen, die ihre Pflicht ehrlich erfüllen wollen, mit scharfem Blick Wesentliches und Unwesentliches, Wichtiges und Gleichgültiges streng zu scheiden, wollen wir uns nicht zersplittern und uns ausgeben

in nutz- und hoffnungslosem Bemühen. Seit mehr als 29 Jahren stehe ich nun im öffentlichen Leben, und, ich darf es sagen, ich habe meine Unabhängigkeit gewahrt nach oben und unten, nach rechts und links, und deshalb glaube ich ein Recht zu haben, wenn ich in dieser Schicksalsstunde Ihnen mit allem Ernst sage: Von allen Fragen, die auf sozialem Gebiet jetzt antwortheischend vor Ihnen emporsteigen, ist keine so folgenreich für die Stellung aller ehrlichen Arbeit, und damit auch des gesamten Beamtentums — ist keine so voller Entscheidung über Aufgang und Niedergang unseres ganzen Volkes: als die Frage, ob es uns gelingt, in der ehrlichen Durchführung der vollen Bodenreformgedanken dieses unser Vaterland, das wir in seinem Unglück noch heißer lieben als in den Tagen des Glücks, zu gestalten zu einem hoffnungsvollen, glücklichen deutschen Kinderland!

Professor Heinrich **Straumer**, Architekt in Berlin: Die im freien künstlerischen Berufe schaffenden Architekten stehen den Bestrebungen der Bodenreformer von jeher mit ganz besonderen Sympathien nahe.

Aus der Sehnsucht Schönheit zu gestalten, denkt sich der Baukünstler eine harmonische Welt, in der freie, zufriedene Menschen in schön gestalteten Orten und Städten einherwandeln. Unablässig werden ihn deshalb Probleme und Gedanken, die die Vollendung des Lebens zu einer allgemeinen Schönheit als Ziel haben, beschäftigen. Er darf sich nicht zufrieden geben, ein prunkvolles, kostspieliges Bauwerk zu schaffen, wenn in nächster Nähe Brüder von ihm in elender, schmutziger Wohnung verkommen und breite Prachtstraßen mit großem Aufwand entstehen, während die Volksgenossen in engen Miethausvierteln zusammengepfercht werden.

Die Gesundung des Volkskörpers kann nur durch eine großzügige Siedlungspolitik erreicht werden.

Als Bevollmächtigter und Berater des Staates und der Gemeinden müssen Männer tätig sein, die den widerstrebenden Interessen der Spekulation entgegentreten.

Kleinhaus-Siedlungen sind nur möglich, wenn sie vom Ballast breiter teurer Verkehrs- und Prachtstraßen freigehalten werden. Es ist so gut wie ausgeschlossen, sie in den Rahmen der überall nach einem veralteten System aufgestellten Bebauungspläne einzuschalten. Diese Pläne sind erfüllt von dem Geiste der Mietskasernen.

Die Tiefbauämter halten vielfach, unterstützt von einer geringen, aber einflußreichen Zahl Vertreter des veralteten Städtebausystems, fest an dieser Position, die sie durch die Bebauungspläne haben, die aber längst der freien Kunst gehört. Sie sagen, „die freien Städtebaukünstler seien Theoretiker und ihre Pläne unwirtschaftlich", und ferner: „Kleinhausbauten seien unmöglich so rentabel herzustellen wie die Wohnungen in Mietskasernen."

Wie es sich in Wirklichkeit verhält, dafür einige Beispiele:

Den Arbeiten Prof. Dr. ing. Hermann Jansens, Berlin, der als erster Führer auf dem Gebiete des neuzeitlichen Städtebaues nicht bloß in Deutschland, sondern auch im Ausland angesehen wird, entnehme ich folgendes:

1. Der Kampf um das Tempelhofer Feld, welches die Volksfreunde anstelle der üblichen Ausschlachtung einer verbesserten Wohnweise zuführen wollten, ist noch in aller Erinnerung.

Das Gelände ist ca. 145 ha = rd. 600 Morgen groß, es kostete 70 Millionen. Der Plan, der den Namen Stübben (Gerlach) trägt, verschlingt 45 % Straßenland und Plätze; der von Jansen aufgestellte nur 36 %, d. i. ein Weniger von 9 % = 16 ha oder 160 000 qm. Diese Ersparnis an Straßenbaukosten betrug nach Friedenspreis über 3 Millionen, dazu noch das durch den Ausfall dieses Straßenlandes verlorene Bauland, mit 80 bis 100 ℳ das Quadratmeter berechnet, macht mindestens noch weitere 16 Millionen.

2. Ein ähnlicher großer Einfluß auf die Kosten zeigt sich bei einem Fall in Treptow auf einem ca. 150 ha großen, größtenteils der Stadt Berlin gehörigen Gelände zu einer für 35—40 000 Menschen bestimmten Siedlung. Schon durch die Unterdrückung einer einzigen Verkehrsstraße erspart Jansen 2 780 000 ℳ. Da sämtliche Straßen der Neusiedlung 214 000 qm benötigen, ergeben sich, zum Friedenspreis von nur 12 ℳ pro Quadratmeter gerechnet, hierfür 2 570 000 ℳ Kosten, welche durch die oben erzielte Ersparnis bei weitem gedeckt worden wäre. Bei heutigen viermal so hohen Preisen würde das eine Ersparnis von über 10 Millionen ausmachen. So rächt sich auch, daß man die Siedlung damals nicht sofort angelegt hat.

Noch augenscheinlicher ist folgendes Beispiel:

3. Bei der jetzt von der Märkischen Heimstätte geplanten Klein-Siedlung Johannisthal hat Prof. Jansen das Straßennetz so vorteilhaft angelegt, daß einschließlich reichlicher Grünfläche nur 14 % der gesamten Fläche in Anspruch genommen werden. Demgegenüber steht, wie in der Protestversammlung gegen die Verschleppung der Kleinsiedelungsvorlage am 3. Juni von Herrn Scharnetzki bereits hervorgehoben wurde, die Forderung des Zweckverbandes, eine gänzlich überflüssige, 32 m breite Prachtstraße beizubehalten. Damit werden die Erschließungskosten der Siedlung um das Doppelte und Dreifache erhöht, oder umgekehrt, den Siedlern kann nur ein Grundstück gegeben werden, das kaum die Hälfte oder nur ein Drittel so groß ist, oder es kann nur die Hälfte oder ein Drittel der Menschen wie nach dem Plan Jansen angesiedelt werden.

Es ist notwendig, die ganze Aufmerksamkeit auf diese verfehlte Planwirtschaft zu lenken; denn selbst wenn durch Gesetz ein Gelände den Kleinbauten erschlossen wird, machen solche sinnlosen Bebauungspläne die Ausführung unmöglich.

So ist auch die Behauptung der „Terrainspekulation", nur die Mietskasernen lassen sich für kleine Wohnungen rentabel gestalten, unrichtig. Es ist einwandfrei nachgewiesen worden, daß auf demselben Gelände mit denselben Mitteln die gleiche Zahl Menschen angesiedelt werden können, wenn die Aufschließung des Geländes auf Grundlage neuzeitlicher Bebauungspläne erfolgt.

Die Allgemeinheit hat sich mit der Frage der Bebauungspläne bisher als einer rein technischen Angelegenheit nicht beschäftigt. Wie weit aber die Einflüsse „der Art" der Planung gehen, wird deutlich, wenn nach einer schätzungsweisen Berechnung sich ergibt, daß allein in Berlin infolge solcher verfehlter Pläne eine Summe von 60 bis 70 Millionen Mark für Straßenland und unnütze Pflasterkosten, als verloren im märkischen Sand steckend, angenommen werden kann.

Die Frage wird immer brennender, warum die Staatsbehörde, insbesondere der preußische Wohnungskommissar, der so außerordentlich wesent-

lichen Frage der Bebauungspläne noch immer so wenig Wert beimißt und nicht endlich eine Zentralstelle einsetzt, die auf die Aufstellung — nicht die Prüfung — der wichtigsten Bebauungspläne, zumal auf staatlichem Gelände, entscheidenden Einfluß ausübt.

Es handelt sich hier nicht nur um Berlin, sondern auch um den Einfluß, der auf andere Teile des Reiches erfahrungsgemäß ausgeübt wird. So wie in kleinsten Städten die vier- und fünfstöckigen Berliner Mietskasernen nachgeäfft worden sind, obwohl dort Entfernung und teurer Boden nicht einmal den Schein der Veranlassung geben, wird man auch Fehler im Siedlungswesen wiederholen.

Es muß aus eigener Initiative der Verwaltung der aus dem Herzen des Volkes kommenden Bewegung ein breiter Raum geschaffen und von vornherein in wirklich neuzeitliche Bahnen geleitet werden.

Ein solcher Einfluß hätte sich dann nicht nur auf das rein Wirtschaftliche und Finanzielle zu beschränken, sondern hätte auch die kulturellen und künstlerischen Werte ohne Furcht miteinbeziehen können, was heute als lästige Bevormundung empfunden wird. Selbstverständlich, nun wo die rein praktische Lösung ganz brennend geworden ist, wo es darauf ankommt, den heimgekehrten Kriegern ein Dach über dem Haupte zu geben, bleibt für diese ethische Beeinflussung kaum noch Raum.

Wer soll in der Angst vor Obdachlosigkeit noch an Kunst denken? Aber was bedeuten dann die großen Werte von deutscher Kultur, wenn bei Aufwand so erheblicher staatlicher Mittel nicht auch diese Seite eine Lösung findet, die über den nüchternen Alltag hinausreicht. Für dasselbe Geld bei voller Erfüllung der praktischen Forderungen kann auch dem Schönheitsdrange des Volkes leicht Rechnung getragen werden. Die paar im Kriege reichgewordenen Leute, die für Kunst Geld ausgeben, können eine kunstsinnige hochstehende Volksmenge nicht ersetzen.

Kreisausschußobersekretär **Hünecke** vom Kommunalverband Groß-Berlin: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem unser alter Meisterredner Herr Dr. Damaschke in der gewohnten volkstümlichen Weise seinen fesselnden Vortrag gehalten hat, wird es uns selbstverständlich schwer fallen, Ihr Interesse an den weiteren Ausführungen wachzuhalten. Der geschäftsführende Vorstand des Kartells war jedoch der Ansicht, daß die Rede des Herrn Dr. Damaschke auf den Spezialgebieten ohne Beeinträchtigung sehr wohl eine Ausgestaltung ertragen könne. Das Thema gleicht einem unerschöpflichen Brunnen, dessen Wasser immer klarer und schöner wird, je mehr man daraus schöpft. Ich habe deshalb den Auftrag erhalten, den Standpunkt der Kommunalbeamtenschaft Groß-Berlins zur Siedlungs- und Heimstättenfrage zu erläutern.

An der Hand meiner Ausführungen werde ich nachzuweisen versuchen, daß die Heimstättenbewegung gerade für uns Kommunalbeamte eine besondere Bedeutung hat.

Es ist bekannt, ja man kann sagen, die Erkenntnis ist Allgemeingut der arbeitenden Bevölkerung geworden, daß die wucherische Bodenrente, oder, kurz gesagt, der Bodenwucher die Quelle aller unserer Not ist. Die Gehaltserhöhungen und Lohnverbesserungen bilden nur eine Erscheinung im Kreislaufe des Geldes, der seinen Ausgang nimmt von der Grund-

rente und wieder dort endet. Konstant ist also einzig und allein die Grundrente, die sich durch den Kreislauf des Geldes unaufhaltsam aufwärts bewegt. Die Träger der Lasten dieser ständigen Steigerung der Grundrente sind zunächst die Inhaber von Mieträumen, von denen man Erstattung in Form erhöhter Mieten fordert. Soweit die Mieter aus selbständigen Produzenten bestehen, wird eine weitere Abwälzung der erhöhten Lasten auf die konsumierende Bevölkerung erfolgen, um das Gleichgewicht wieder herzustellen. Auch die Handarbeiter haben scheinbar die Möglichkeit, die höheren Mietpreise durch erhöhte Lohnforderungen auszugleichen und diese erhöhten Lohnforderungen auf Grund der Stoßkraft ihrer Organisationen nötigenfalls durch Streiks zu erzwingen.

Ganz anders liegen die Verhältnisse bei der Beamtenschaft. Ihr steht nur das Recht zu, in mehr oder weniger bewegten Worten die Notlage zu schildern, um auf diesem Wege einen Ausgleich zwischen Ausgabe und Einnahme herbeizuführen. Die Beamtenschaft ist also tatsächlich nicht in der Lage, die ihr aufgebürdete erhöhte Bodenrente auf andere Kreise abzuwälzen. Sie kann sie nur auf die Familienangehörigen abwälzen, die die Not ihres Ernährers teilen und mit ihm darben müssen.

Jede Gehaltserhöhung hat in der Regel eine weitere Erhöhung der Mieten zur Folge. Die Beamtenschaft hat daher nicht nur ein erhebliches Interesse an der Siedlungsfrage, sondern der Besitz einer Heimstätte ist eine Lebensnotwendigkeit. Für die Kommunalbeamten trifft das in erhöhtem Maße zu, weil sie in ihrer Lebensführung weit abhängiger vom Arbeitgeber sind, als die übrigen Staatsbeamten.

Nehmen wir an, der Herr Stadtrat sei der Hauseigentümer, der Kaufmann, Schuster oder Schneider aber bekleiden irgend ein anderes städtisches Amt, so ergibt sich daraus in der Regel ein Vorgesetztenverhältnis zum Berufsbeamten, der alle Ursache hat, seine Vorgesetzten nicht zu erzürnen. Er wird sie aber erzürnen, wenn er nicht willig die nach jeder Gehaltsaufbesserung pünktlich einsetzende Steigerung der Miete und die Erhöhung der Lebensmittelpreise usw. auf sich nimmt. Aus diesem Abhängigkeitsverhältnis ergibt sich also von selbst das Streben nach dem Besitz einer Heimstätte; denn dadurch wird dieses Verhältnis auf ein Mindestmaß herabgesetzt. Der Kommunalbeamte hat also im eigenen Interesse die Pflicht, die Siedlung mit Rat und Tat zu fördern. Ist er erst im Besitze einer Heimstätte, so hat die Mietsteigerung oder die Verschärfung der Mietverträge, die Herr Professor Eltzbacher als Wucher bezeichnet, ihre Schrecken für ihn verloren. Alle Gehaltserhöhungen kommen uns dann wirklich zugute und verschaffen uns günstigere Lebensbedingungen, auf die wir Anspruch haben. Die Bodenrente unserer Heimstätte ist unveränderlich und bedingt daher keine Mietsteigerungen. Der Hausgarten kann rationell so bewirtschaftet werden, daß daraus ein großer Teil unserer Lebensmittel gewonnen werden kann.

Die Siedlungsfrage hat für uns Kommunalbeamte also eine so große Bedeutung, daß ihre Förderung für uns eine Lebensnotwendigkeit ist, und ich bitte daher, mit allen zulässigen Mtiteln den Besitz einer Heimstätte zu erstreben. Das kann geschehen, wenn wir uns die Lehren der Bodenreform zu eigen machen und dem Bunde der Deutschen Bodenreformer einmütig beitreten. Wer für die Bodenreform kämpft, kämpft für die Zukunft unseres deutschen Volkes!

Oberpostschaffner **Noack** vom Verbande der unteren Post- und Telegraphen-Beamten: Sehr geehrte Damen und Herren! Die vorzüglichen Ausführungen des Referenten Dr. Adolf Damaschke lassen sich schwer ergänzen. Ich kann mich daher recht kurz fassen. Als Vertreter des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten, Bezirksverein Berlin, kann ich hier die Erklärung abgeben, daß wir diesem Vortrage in allen Teilen unsere unbedingte Zustimmung geben können. Unsere Organisation ist seit langem korporatives Mitglied des Bundes Deutscher Bodenreformer. Persönlich bin ich Mitglied mehrerer Baugenossenschaften und Bodenreformer. Wir müssen unter allen Umständen darauf hinwirken, daß wir baldmöglichst ein Heimstättengesetz erhalten! Wie groß das Interesse für diese Heimstätten ist, zeigt, daß für die in Eichkamp zu erbauenden 150 Wohnungen 4000 Bewerber aufgetreten sind. Dem Wucher mit Grund und Boden muß schnellstens der Garaus gemacht werden. Die Grundrente muß nach den Vorschlägen der Bodenreformer sozialisiert werden, so daß jede Bodenspekulation ausgeschlossen ist. Die Mietssteigerungen nehmen überhand. Man könnte sagen, daß die Hauswirte fast jede kleine Gehaltsaufbesserung ihrerseits wahrnehmen, um die Mietspreise zu erhöhen. Was das für die Beamten, speziell für die unteren, bei ihrem so karg bemessenen Einkommen bedeutet, das wissen Sie ja alle. Diesem Treiben der einzelnen Hauswirte muß baldigst Einhalt geboten werden, und es kann am besten geschehen, wenn Sie sich alle zur Bodenreform bekennen.

Ich sagte schon eingangs meiner Ausführungen, daß ich mich kurz fassen kann und will daher schließen, indem ich Sie alle auffordere, Mitglied des Bundes Deutscher Bodenreformer zu werden, damit dieser sein für den inneren sozialen Frieden unseres Volkes so bedeutsames Ziel bald erreichen kann.

Frl. **Kolshorn**, Vorsitzende des Verbandes der Reichs-Post- und Telegraphenbeamtinnen: Nach Herrn Dr. Damaschke zu sprechen, heißt Mut haben. Ich habe denselben, weil es mich drängt, zu den vorliegenden Fragen ein Bekenntnis abzulegen, und da bin ich der Meinung, dasselbe wird, wenn auch unvollkommen in der Form, dennoch wertvoll zur Beleuchtung der vorliegenden Fragen sein. Was ich zu schildern habe, sind Erlebnisse, nicht nur programmatische Erklärungen. Zu der vorliegenden Frage möchte ich in verschiedenerlei Eigenschaften Stellung nehmen: als Beamtin in Vertretung des Verbandes der deutschen Reichs-Post- und Telegraphenbeamtinnen und als deutsche Frau. Die Wohnungsnot in unseren Reihen bezieht sich in der Hauptsache auf das Fehlen von kleinen Wohnungen. Dies macht sich besonders in den Großstädten fühlbar. Zur Ueberwindung dieser Not kommen allerlei Hilfsmittel in Anwendung, so z. B. das Mieten größerer Quartiere und die Teilung der Räume unter mehrere Parteien. Dieser Ausweg ist aber sehr mangelhaft, da in der Regel bei diesen großen Wohnungen nur eine Küche, ein Bad und ein Ausgang vorhanden ist, in deren Benutzung sich die verschiedensten Menschen, die nicht zu einer Familie gehören, teilen müssen. Hier müßte mit allem Nachdruck durch die Gemeinden Abhilfe geschaffen werden. Einen Ersatz könnten die Ledigenheime bieten. Aber auch diese konnten unter den bisherigen Bodenverhältnissen und insbesondere der

hohen Grundrente nur auf dem Wege der Wohltätigkeit oder der Selbsthilfe durch die einzelnen Vereine ins Leben gerufen werden. Die auf dieser Grundlage erbauten Heime sind unvollkommen und nicht ausreichend. Hier müßte städtische Hilfe durch kostenloses Ueberlassen von Bauplätzen und laufende Zuschüsse einsetzen. Dies wäre unseres Erachtens sehr wohl angelegtes Volkskapital, das sich bei richtiger Verwaltung in Allgemeinnutzen umsetzen würde. Allein in einem Heim, das den berechtigten Ansprüchen an Ruhe, gute Verpflegung und Freiheit der Bewegung entspricht und über dies hinaus auch das zum Ausdruck bringt, was der Mensch neben allem Materiellen braucht — eine Umgebung, die durch Harmonie der Ausstattung beruhigend wirkt —, wird es möglich sein, die angestrengten Nerven zu beruhigen und die Ruhestunden auch zu Feierstunden zu gestalten. Besonders aus dieser Quelle schöpft der Mensch dann Mut und Kraft zu seinem Tagewerk, und manche schwere Nervenerkrankung der Beamten und Beamtinnen könnte durch solch ein Heim gemildert, wenn nicht gar behoben werden. Dies käme wiederum dem Arbeitgeber Staat zugute, der viel an Krankengeldern und frühzeitigen Pensionen sparen würde. Vorbildlich hierin ist England, das mit seinem „Seddlemen" mustergültige Häuslichkeiten für Ledige auf staatlicher Grundlage geschaffen hat. Diese Heime für Ledige sind vorbildlich in ihrer Ausführung und der Sicherung ihrer wirtschaftlichen Grundlage. Im Verbande der deutschen Reichs-Post- und Telegraphenbeamtinnen, besonders im Bezirksverein Berlin, hat man verschiedentlich versucht, diese brennende Frage — Gründung von Ledigenheimen — zu lösen. Bereits im Oktober 1913 konnte das erste Heim in Charlottenburg für die Beamtinnen eröffnet werden. Leider konnte dieser Gedanke nur durch Mieten eines Stockwerkes eines Mietshauses verwirklicht werden. Die Möglichkeit, ein Heim in größerem Stile zu schaffen, mußte durch die nicht genügend vorhandenen Mittel noch hinausgeschoben werden. Der Krieg mit seinen furchtbaren Begleitumständen rückte die Verwirklichung dieses Gedankens wieder hinaus. So sehr die Notwendigkeit immer wieder anerkannt werden muß, für die heimatlosen alleinstehenden Kolleginnen eine angemessene Unterkunft zu besorgen, so scheitert der Plan daran, daß die Mittel, die dafür aufgebracht werden müssen, nicht vorhanden sind. Die hohe Miete für die Wohnung oder die Pacht eines Grundstückes ist die Quelle all des Uebels. Auch die Genossenschaft für Frauenwohnungen, die es sich zum Ziele gesetzt hatte, an der Lösung der Aufgabe „Schaffung von billigen Wohnungen für Frauen" zu arbeiten, konnte infolge dieser Zustände, dieses ungenügenden Bodenrechts, nicht zu ihrem Ziel gelangen, trotzdem sich namhafte Frauenorganisationen zur Verwirklichung dieses Planes vereinigt hatten. Die Genossenschaft konnte sich nur kurze Zeit lang über Wasser halten, dann machte die hohe Miete und die daraus entspringende finanzielle Not ihrem segensreichen Vorhaben ein Ende. Wohin wir auch schauen, überall Mangel an Unterkunftsmöglichkeiten für Ledige infolge der ungesunden Bodenverhältnisse. Wenn ich hier in der Hauptsache für die Beamtinnen spreche, so kommt das natürlich in erster Linie daher, daß mir die Wohnungsverhältnisse meiner Kolleginnen am meisten bekannt sind. Die Not des alleinstehenden Mannes ist aber ebenso groß wie die der Frau, weil derselbe selten die Möglichkeit hat, sich sein Heim selbst irgendwie traulicher und gemütlicher zu gestalten. Diese Ledigenheime auf staatlicher Grundlage sind daher nicht nur für die Beamtinnen, sondern insbesondere auch für die ledigen

Beamten notwendig. Im weiteren ließe sich auf der Grundlage, die Herr Dr. Damaschke in so beredten Worten gezeichnet hat, auch der Traum für viele Alleinstehende verwirklichen: ein Stückchen Siedlungsland zur eigenen Bebauung zu erhalten. Daß die Sehnsucht auch alleinstehende Menschen, oder gerade darum, weil ihr Leben so vielfach unausgefüllt blieb, dahin drängt, ein Stück Land ihr Eigen zu nennen, das beweisen die vielen Wohnungen im Vorort mit Gartenbenutzung und das Erwerben der Mitgliedschaft bei den Heimgenossenschaften „Freie Scholle" usw. Der sozialistische Staat hat die dringendste Verpflichtung, diesen edelsten Bedürfnissen seiner Angehörigen aus ethischen und sozialpolitischen Gesichtspunkten heraus Rechnung zu tragen und für schleunigste Abhilfe dieser unvollkommenen Zustände zu sorgen. Dies geht aber nur auf der Grundlage eines gesunden Bodenrechtes.

Und nun die Stellungnahme als deutsche Frau zu diesem Gedanken der Volksbeglückung, den deutschen Heimstätten. Wer jemals soziale Arbeit geleistet hat und Einblick erhielt in großstädtische Wohnungsverhältnisse, der weiß, daß die Zahlen, die uns Herr Dr. Damaschke vorhin genannt hat, keine Theorie oder einzeln herausgegriffene traurige Vorkommnisse, sondern, Gott sei es geklagt, oft erschaute schauerliche Wirklichkeit ist. Bei allen Hilfeleistungen, bei allen Wohlfahrtsbestrebungen kommt man dann bei Versagen der angewendeten Verfahren immer wieder zur Frage nach der Wurzel des Uebels und findet diese, so man ehrlich und offen an die Untersuchung der Frage herantritt, immer wieder in den schlechten Wohnungsverhältnissen der Großstadt. Hier liegt der Herd für die fressenden Volkskrankheiten; ohne Licht und Luft muß das traurigste aller Leiden — die Lungentuberkulose — weitere schnelle Ausbreitung nehmen. Alle Hilfsmittel erweisen sich diesem Grundübel, der ungesunden Wohnung, gegenüber als unzulänglich und nicht durchgreifend. Aber auch moralisch wirkt eine solche Behausung tief zersetzend und zerstörend. Die ungesunde traurige Wohnung ist es, die den Mann der Trunksucht, die Frau der Unsittlichkeit in die Arme treibt. Wo ist denn der wahre Grund für die ungeheure Sterblichkeit der Säuglinge in der Großstadt zu suchen? Warum ist denn die Geburtenhäufigkeit in den Familien des Mittelstandes in der Großstadt so gering? Hier ringt eben das Kind mit dem Mietspreis. Die Lösung der Bodenreformfrage ist daher eine Frauenfrage ersten Ranges. Wir haben uns vom Verbande der deutschen Reichs-Post- und Telegraphenbeamtinnen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zur Verwirklichung der Pläne von Herrn Dr. Damaschke eingesetzt. Es war uns Stolz und Ehre, unseren persönlichen Anschluß und den vieler unserer Vereine an den Bund für Kriegerheimstätten zu betätigen. Das Ergebnis vieler Sammlungen und Veranstaltungen unter den deutschen Reichs-Post- und Telegraphenbeamtinnen während der schweren Kriegsjahre floß dem Kriegerheimstättenbunde zu. Wir begrüßten den einmütigen Entschluß des Reichstages mit seiner Stellungnahme zum Kriegerheimstättenbunde auf das lebhafteste, weil wir hierin einen Weg zur sozialen Versöhnung sahen. Mit Befremden haben wir die ungeheure Verschleppung beobachtet: wir können es nicht begreifen, daß trotz aller anderweitigen Aufgaben in Weimar nicht auch energische Schritte zur Verwirklichung dieser Pläne unternommen worden sind. Ein Stamm zufriedener Volksgenossen wird den besten Widerstand bilden gegen Bolschewismus und Anarchie. Es nützt nichts, bei der Erörterung dieser Fragengruppen allein in der Wohnungsfürsorge

stecken zu bleiben. Die Frage nach der Reform des Bodenrechtes hängt unweigerlich hiermit zusammen. Ein Streben ruht und entspringt aus dem anderen. Wir Beamtinnen erheben daher als Frauen und Staatsbürgerinnen unsere Stimme und legen heftigen Widerspruch ein gegen die Verschleppung der Heimstättenfrage. Wir verlangen, daß die Staatsregierung sich energisch mit diesen Dingen befaßt. Bisher durften wir das Heim nur in Ordnung halten und schmücken, jetzt dürfen wir mit bauen helfen. Wir wollen von diesem Recht Gebrauch machen, und darum wende ich mich an die deutschen Frauen in dieser Versammlung: wenn Sie für Ihr Vaterland, wenn Sie für das kommende Geschlecht recht arbeiten wollen, so setzen Sie sich ein für die Gedanken der Bodenreform. Es ist grade heiligste Pflicht der Frauen, hierfür zu arbeiten und zu kämpfen, „damit das Recht auf Sonne und auf Erde für jeden deutschen Menschen Wahrheit werde". „Der Mensch braucht ein Plätzchen, und wär's noch so klein, von dem er kann sagen: Sieh her, das ist mein; hier leb' ich, hier lieb' ich, hier ruhe ich aus, hier ist meine Heimat, hier bin ich zu Haus." Sorgen wir deutschen Frauen dafür durch tatkräftige Werbearbeit, wohin wir auch kommen mögen, um die Gedanken der Bodenreformer zu verwirklichen, damit dieses menschenwürdige Plätzchen auch für jeden Großstadtmenschen geschaffen werde. Wohl ist das Schicksal, das unserem Vaterlande auferlegt wird, hart und furchtbar; die Wirtschaftsverhältnisse sind verfahren und traurig; die Macht unserer Feinde im eigenen Lande ist gewaltig; viel ist versäumt worden. Doch vieles kann noch nachgeholt werden. Wo heiliger Wille in dienender Liebe Lösung sucht, da werden sich auch Mittel und Wege finden. Nur nicht müde werden; nur nicht stecken bleiben im lyrischen Empfinden dieser gemeinsamen erhebenden Stunden, sondern immer wieder Hand ans Werk. Die Gedanken der Bodenreform müssen und sollen im neuen Deutschland kein Traum bleiben, denn „Wenn etwas ist gewaltiger als das Schicksal, so ist's der Mut, der's unerschüttert trägt." In diesem Geist wird und muß es gelingen, das Werk, das viel tausend deutschen Menschen in Gegenwart und Zukunft helfen soll, zu vollbringen.

Eisenbahnobersekretär **Triebel**, Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten, Bezirk Berlin: Im Namen des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten, Bezirk Berlin, kann ich hier die Erklärung abgeben, daß wir die Angaben der Herren Vorredner, insbesondere die Ausführungen meines verehrten Vorredners Herrn Dr. Damaschke unterstreichen können, um so mehr, als das in unserm ersten Eisenbahnbundesblatt vom Dezember 1918 wiedergegebene Programm unseres Bundes unter anderem die Forderungen enthält auf: Behebung der Notlage des Eisenbahnbeamten-Proletariats, einschließlich der Ruhegehaltsempfänger; Schaffung von Beamtenausschüssen und Beamtenkammern; Durchführung des Grundsatzes in Besoldung, Teuerungszulage, Demobilisationsgeld usw., daß kein Beamter weniger erhalten darf als ein Arbeiter bei gleichem Familienstand; Verkürzung des Diätariats und ausreichende Bemessung der Anfangsgehälter zur Sicherung der Frühehe; neuzeitliches Beamtenrecht unter Mitwirkung der Organisationen; Sozialisierung der Bodenschätze und Wirtschaftsbetriebe unter Anpassung an unsere Heim- und Weltwirtschaftslage; Bodenreform — Gartenstädte —

ländliche Siedlungen. Dadurch soll verhindert werden, daß unsere Gehaltsaufbesserungen wie bisher immer sofort durch Maßnahmen der kapitalistischen Wirtschaft aufgesogen werden, z. B. durch Mietsteigerungen, Rohstoff- und Fertigwarenverteuerung, Steuer- und Fahrgelderhöhung.

Ferner ist noch die Forderung von uns aufgestellt worden auf Beschaffung menschenwürdiger und hygienischer Arbeits-, Betriebs-, Uebernachtungs- und Dienstwohnungsräume. Gerade die letzteren erheischen eine weitgehende Aenderung; denn wer in die Verlegenheit gekommen ist, eine Dienstwohnung nehmen zu müssen, wird mir recht geben, wenn ich hier erkläre, daß sie in den wenigsten Fällen den Beamten ein behagliches Heim geboten hat. Als unlängst die Frage aufgeworfen wurde, was soll man mit den Bauräten beginnen, wenn durch die Neuorganisation der Verwaltung ein großer Teil von ihnen frei wird, erfolgte prompt die Antwort, daß wir sie verpflichten, in die Dienstwohnungen zu gehen, die sie wohl in einer für die Verwaltung, aber keineswegs für die Wohnungsinhaber, das sind die Beamten, praktischen Weise gebaut haben.

Zwar hat die Eisenbahnverwaltung neuerdings Ansätze dazu gemacht, kleine Siedlungen mit geeigneteren Dienstwohnungen herzustellen, wie es in Wustermark und Michendorf der Fall ist. Allerdings hat die Verwaltung hier nicht anders handeln können, weil in der Nähe dieser Bahnhöfe keine Gelegenheit ist, die Beamten in Wohnungen unterzubringen. Wir hoffen, obwohl auch an diesen Einrichtungen die Beamtenschaft noch manches auszusetzen hat, daß durch entsprechendes Zusammenarbeiten der Regierung, Verwaltung und Beamtenschaft die Dienstwohnungsfrage in einer die Beamtenschaft zufriedenstellenden Weise gelöst wird. Sie muß zurzeit besonders beachtet werden, weil die Eisenbahndirektion Berlin 114 Eisenbahnbeamte mit Familien aus Elsaß-Lothringen zugewiesen erhält. Ein Umstand, der ja wohl auch bei anderen Behörden vorhanden sein wird. Wenn auch der Magistrat, wie bereits vorhin ausgeführt, durch Ausbau der Dachluken und Kellerräume der herrschenden Wohnungsnot zu steuern versucht hat, so muß man dennoch erwarten, daß die an der Ausschlachtung des Grund und Bodens interessierten Kreise bei dem Magistrat weiter zu wirken versuchen werden und ihre Forderungen schließlich soweit gehen lassen, daß noch Raum für Wohnungen in den Kirchtürmen und Türmen des Rat- und Stadthauses, in den Unterkunftsräumen und Kantinen der Untergrundbahn usw. zu suchen er sich bemühen wird.

Nimmt man all diese einschneidenden, zu verurteilenden Punkte zusammen, so kann man nur die Bestrebungen des Bundes Deutscher Bodenreformer gutheißen und das unterschreiben, was Herr Dr. Damaschke in einer mir vorliegenden Broschüre über die Bodenreform sagt, nämlich: sie sei eine Entlastung der Großstädte mit ihrem Mangel an Wohnungen und Nahrung, die Selbstversorgung von Hunderttausenden mit Gemüse, Obst, Milch, Eiern, eine Erhöhung der Lebenshaltung, sicherer als durch jede Lohnerhöhung, die sich morgen doch wieder in Preiserhöhungen der Lebensbedürfnisse umsetzt.

Wir erklären also erneut, daß wir Eisenbahnbeamte den Bestrebungen des Bundes Deutscher Bodenreformer sympathisch zur Seite stehen werden!

Ober-Postsekretär **Oetking**, Vorsitzender des Verbandes mittlerer Reichs-Post- und Telegraphen-Beamten, Bezirksverein Berlin:

Meine Damen und Herren! Ich bin mir bewußt, daß der Rede beste Würze deren Kürze ist. Bei der vorgerückten Zeit und bei der erfreulichen Fülle würden wir zudem bald zu Verhältnissen kommen, die den in den großen Mietshäusern um nichts nachstehen würden und — dann brauchte ich überhaupt nicht mehr zu sprechen, Taten würden reden.

Verehrte Anwesende, die von mir geleitete Organisation — annähernd 6000 Mitglieder — hat stets die Bestrebungen der Bodenreformer mit allen Kräften unterstützt. Ich nehme auch gern Veranlassung, den zu meiner Linken sitzenden Hauptredner, den erfolgreichen Führer auf dem Gebiete des Wohn- und Siedlungswesens zu seiner Ehrung von Herzen zu beglückwünschen. Ich will hoffen und wünschen, daß er neben der Verleihung der Ehrendoktorwürde auch bald in amtliche Stellen gelangen möge, um seinen Bestrebungen größere und nachhaltigere Wirkungen zu verschaffen. Wir Beamte, verehrte Damen und Herren, können gar nichts anderes tun, als uns der Bodenreform anschließen. Vor einiger Zeit las ich folgenden Vers: „Mein Heim kann mir die Welt ersetzen, die ganze Welt kein Heim." Mit diesen Worten wird nichts neues gesagt, aber es bringt in kurzer prägnanter Form alles das, was wir mit Wohn- und Siedlungsfragen erstreben. Und ich gehe nicht zu weit, wenn ich hier sage, daß das Kartell Groß-Berlin schon seine Daseinsberechtigung erwiesen hätte, wenn es ihm gelänge, die Siedlungs- und Heimstättenfrage, diese nicht nur für die Beamtenschaft allein so hochwichtige Frage, ihrer Lösung entgegenzuführen. Auf keinem Gebiete ist von den alten Regierungen mehr gesündigt worden, als auf dem des Wohnwesens. Man klagt immer über den die Miete steigernden Hauswirt, gerade in letzter Zeit. Ganz mit Unrecht. Was ist denn heutzutage in den meisten Fällen ein Hauswirt? Doch nur Verwalter der Bankhypotheken. Das Uebel liegt tiefer und muß bei der Wurzel gefaßt werden: die Großbanken und Terrainspekulanten sind die Parasiten am Volkskörper. Hier muß gründlich aufgeräumt werden. Mit Grund und Boden, einer meiner Vorredner brachte es schon zum Ausdruck, darf überhaupt nicht gehandelt werden. Denken Sie sich, meine Damen und Herren, einen Morgen Land und mitten drin ein kleines blumenumranktes Häuschen: „Klein, aber mein." Denken Sie sich weiter, was Sie alles an Gemüse und sonstigen Lebensbedingungen sich selbst erarbeiten könnten. Und diese körperliche Arbeit nach geistiger Anstrengung würde Sie gesund und frisch machen. Wie können sich die Nerven bei einer solchen Beschäftigung stärken, und, anstatt sich alle Jahre mit Angst und Sorgen um Mietssteigerungen zu grämen, wie ruhig und gesichert können Sie Ihr Dasein führen in einem Eigenheim. Verehrte Damen und Herren, die Vorzüge, welche uns bei Verwirklichung aller Bodenreformbestrebungen geboten werden, sind so erheblich und so klar erkennbar, daß es sich in der Tat erübrigen dürfte, hierauf näher einzugehen. Seien Sie überzeugt, Sie tun ein gutes Werk für sich selbst und für Ihre Nachkommen, wenn Sie aus dieser Versammlung heimkehren mit dem festen Vorsatz: Wir unterstützen mit allen Kräften die Bodenreformbewegung. Darum bitte ich Sie alle herzlichst.

Oberlehrer Dr. **Kaßner** (Berlin): Meine Damen und Herren! Ein Vertreter des sogenannten Schutzverbandes für Grundbesitz und Realkredit

soll im vorigen Jahre unter Hinweis auf unsere Erfolge in der Offensive bei Cambrai gesagt haben: „Da sind die Engländer, die im Flachbau wohnen, geschlagen worden von den Deutschen, die aus dem „Massenmietshaus" kamen!" Wenn diese Art der Beweisführung jemand zutreffend erscheinen sollte, so würde das zu einer kleinen Fortsetzung solcher hübschen Gedankengänge anreizen, die leider an für uns traurige Zeiten erinnern muß: Die Deutschen sind später von den Amerikanern zurückgedrängt worden, deren Land durch die Wolkenkratzer bekannt ist. Also ist der Wolkenkratzer mit 20, 30 und mehr Stockwerken unserm Mietshaus überlegen! — Es würde sicherlich im Sinne jener Herren vom Schutzverbande sein, wenn in unsern Städten noch mehr Menschen übereinander untergebracht werden dürften, als jetzt erlaubt ist.

Meine Damen und Herren, es ist ja heute Abend das daraus entstehende Wohnungselend, das Familienelend in ergreifenden Bildern geschildert worden. Lassen Sie mich jetzt als Lehrer nur auf eine uns besonders angehende Not noch kurz hinweisen. Der Lehrer Schatter in Chemnitz erzählt uns darüber einen Vorfall, den er selbst erlebt hat. Man sprach in der Schule von den hl. drei Königen, und die sechsjährigen Schüler wurden aufgefordert, einmal etwas von Königsherrlichkeit zu erzählen. Die armen Kinder holten nun aus ihrer Phantasie alles heraus, was ihnen als Ausdruck höchster Luxusentfaltung erschien. Da meldete sich schließlich auch ein blasser Knabe und gab die erschütternde Antwort: „Bei Königs hat wohl jedes ein Bett." —

Wie sollen Lehrer ihre Ziele im Unterricht erreichen, wenn die Kinder aus den traurigsten Wohnverhältnissen zur Schule kommen, in denen sie nicht einmal erquickenden Schlaf, geschweige denn ein ruhiges Plätzchen zur Erledigung ihrer Arbeiten haben! Sie wissen, wie man jetzt versucht, Hochbegabte aus ärmsten Kreisen in besonderen Klassen zu fördern. Nach den bisherigen Erfahrungen ist für viele dieser Zöglinge ein unüberwindliches Hindernis in der Familienumgebung zu suchen. Wie sollen Vater, Mutter, erwerbende ältere Geschwister Verständnis haben für das, was der angestrengt arbeitende „Begabte" haben muß in seiner Wohnung, wenn irgend eine Rücksichtnahme einfach unmöglich ist wegen des gar zu engen Raumes, der wohl gar noch mit Fremden geteilt werden muß!

Unser Volk braucht aber notwendig jetzt alle Befähigten zum Wiederaufbau. Darum müssen ihnen gesunde Entwicklungsbedingungen geschaffen werden. Und die bietet am besten die eigene Heimstätte. Darum treten die Lehrer mit allem Nachdruck für die bodenreformerischen Forderungen ein. Mehr als 500 Lehrervereine aller Arten sind bereits dem „Hauptausschuß für Kriegerheimstätten" und dem Bunde Deutscher Bodenreformer" angeschlossen. Viele Tausende von Einzelmitgliedern hat die Lehrerschaft in den Bund entsandt. Es ist im Bunde immer eine herzliche Freude zu sehen, mit welcher glühenden Begeisterung, mit welcher tatkräftigen Hingabe die Lehrer für die Gedanken der Bodenreform werben und eintreten. So brauche ich auch heute nicht erst zur Mitarbeit aufzufordern. Der Lehrer tut auch als Bodenreformer seine Pflicht, und wir wissen, so wird es immer sein!

**Jöckel**, Vertreter des Mieterbundes Groß-Berlin: Meine Damen und Herren! Wohnungselend und Wohnungsnot haben den Mieter-

bund auf den Plan gerufen, und so steht er in täglichem heißen Kampfe um all die dringenden sozialen Maßnahmen, deren Zusammenfassung Ihnen allen unter dem Namen „Mieterschutz-Verordnung" bekannt sein wird. Aber gerade dieser Kampf um Tagesnöte zeigt uns immer wieder von neuem, daß es mit einem noch so kunstvollen Gebäude von Schutzverordnungen, daß es mit Teilmaßnahmen, wie sie bei den Behörden erst dann durchzudrücken sind, wenn die Zustände zum Himmel schreien, allein nicht getan ist. Zu gesunden Verhältnissen im Wohnungswesen werden wir nicht eher kommen, als bis dem Uebel die Axt an die Wurzel gelegt ist, bis auf Grund eines neuen Bodenrechtes die Notstände, um deren Beseitigung wir uns in aufreibender Arbeit bemühen, gar nicht erst entstehen können. Deshalb bekennt auch der Mieterbund sich rückhaltlos zu den Grundsätzen der Bodenreform.

Wenn nun auch ich Sie, meine Damen und Herrn, auffordern möchte, miteinzutreten in die Reihen dieser großen sozialen Bewegung, so will ich ebensowenig wie meine verehrten Herren Vorredner Ihnen verbergen, daß es Gegner zu überwinden gilt, die es versuchen werden, mit allen erdenklichen geistigen und wirtschaftlichen Waffen ihre gefährdete Stellung zu behaupten. Wes Geistes Kinder diese Leute sind, davon ein kleines Beispiel:

In diesem Frühjahr tagte auf Veranlassung des Reichskommissars für das Wohnungswesen eine Konferenz, die den Vorschlag zu einer grundlegenden Wohnungsreform zu diskutieren hatte. Wie immer, so war auch hier der Hausbesitz auf das Wirkungsvollste durch das bekannte Dreigestirn Haberland, v. d. Borght, Baumert vertreten. Unter den einzelnen Vorschlägen gab besonders die Einführung einer Höchstverschuldungsgrenze Anlaß zu bemerkenswerten Auseinandersetzungen. Während von seiten der Reformer, also auch des Mieterbundes, jede Maßnahme gutgeheißen wurde, die einer Ueberschuldung des Haus- und Grundbesitzes wirksam vorbeugen würde, wollte das Kapital von solchen „Zwangsmitteln" nichts wissen. Unter den Begründungen schien mir besonders bemerkenswert die des Justizrats Baumert, des Vorsitzenden des Bundes der deutschen Haus- und Grundbesitzer-Vereine. „Meine Herren," so waren etwa seine Worte, „jede Höchstverschuldungsgrenze betrachten wir als einen unberechtigten Eingriff in das freie Selbstbestimmungsrecht des einzelnen Unternehmers. Die Partei, die heute die Regierung führt, hat die Parole ausgegeben: Freie Bahn dem Tüchtigen! Wollen Sie also eine aufstrebende Persönlichkeit daran hindern, sich gegebenenfalls, und sei es auch ohne einen Pfennig eigenen Vermögens, in den Besitz meinetwegen eines großstädtischen Mietshauses zu setzen, indem Sie verbieten, Schulden zu machen? Meine Herren," — und damit schloß er seine denkwürdigen Ausführungen — „heutzutage können überhaupt niemals genug Schulden gemacht werden!"

So sehen also die „Persönlichkeiten" aus, die auf Kosten der Allgemeinheit gefördert werden sollen. Und dieses ist der Geist, der auch heute noch in den Amtsstuben unserer Behörden umgeht, heute, wo wir in jedem Augenblick immer wieder von neuem daran erinnert werden, wie selbst der mächtigste Staat sein eigenes Grab sich gräbt, wofern er den sozialen Forderungen seiner Zeit nicht gerecht wird.

Gegen ihn gilt es den Kampf aufzunehmen, ihn gilt es zu überwinden. Deshalb stellen Sie sich geschlossen wie ein Mann hinter die Bodenreform und

ihren bewährten Führer. Und wenn die Regierung, obwohl sie sich sozialistisch nennt, nach 6 Monaten intensiver Arbeit über einige dürftige Reformansätze noch nicht hinausgekommen ist, vielmehr den kapitalistischen Einflüssen immer von neuem unterliegt, so treten Sie mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf und verlangen Sie für sich und Ihre Kinder einen Staat, der aufgebaut ist auf wirtschaftlich gesunder Grundlage, auf der Grundlage der Bodenreform.

Postsekretär **Garisch** vom Beamtenverein Grünau: Meine Damen und Herren! Die theoretischen Ausführungen der Vorredner möchte ich durch ein praktisches Beispiel erläutern. Ich spreche im Auftrage des Beamtenvereins von Grünau und Umgegend. Die meisten von Ihnen kennen wohl Grünau. Es liegt sehr schön im Walde, doch die Wohnungsnot ist groß; so groß, daß viele Beamte dort kein Unterkommen finden, darunter Kriegsteilnehmer und Ausgewiesene aus Elsaß-Lothringen. Viele behelfen sich mit Notwohnungen, bei einigen hat die ausgesprochene Versetzung zurückgenommen werden müssen. Mehrere müssen in Berlin wohnen, z. B. Lokomotivführer, und dadurch ihre freie Zeit und ihre Nachtruhe kürzen. Ich selbst habe mich längere Zeit mit dem Miets-Einigungsamt herumstreiten müssen, um die aus gewinnsüchtigen Absichten ausgesprochene Kündigung rückgängig machen zu lassen. Bedenken Sie doch, was es heißt, wenn Beamte sogar aus dem Vororte nach Berlin ziehen müssen, während doch allgemein das Gegenteil erstrebt und gewünscht wird. Wir haben uns nun an den Minister für Land- und Forstwirtschaft gewandt, um zur Behebung dieser fürchterlichen Wohnungsnot ein Fleckchen Erde zu Bebauungszwecken zur Verfügung gestellt zu bekommen. Es ist darauf unterm 16. Mai d. J. der Bescheid ergangen, daß wir uns an eine gemeinnützige Siedlungsgesellschaft wenden möchten, die in der Umgegend von Grünau, bei Eichwalde und Altglienicke forstfiskalisches Gelände billig abgibt. Meine Damen und Herren! Es ist unverständlich, wie man den Beamten, die als Betriebs- und Verkehrsbeamte an den Ort gebunden sind wie kein andrer, den Rat geben kann, nach außerhalb zu verziehen. Es handelt sich doch nicht um Sommerfrischen in schöner Umgebung, sondern um ein notdürftiges Unterkommen im Dienstort. Land ist genügend da. Außer dem in der Umgegend der betreffenden Siedlungsgesellschaft zur Verfügung gestellten Baugrund hat sich der Forstfiskus im Orte selbst eine größere Fläche zum freihändigen Verkauf zu möglichst hohen Preisen vorbehalten. Diese Spekulationspreise können die Beamten jedoch nicht zahlen. So behandelt der Staat seine Beamten, die durch ihr festes Aushalten in den kritischen Novembertagen den Staat vor dem völligen Zusammenbruch bewahrten, indem sie sich nicht in den revolutionären Strudel mit hineinziehen ließen. Einst sprach im Reichstage der Kanzler das große Wort: „Das Preußische Militär ist ein Fels von Granit, an dem sich alle die Zähne ausbeißen werden.“ Auch dieser Fels zersplitterte. Einzig und allein die Beamtenschaft war der letzte Rettungsanker, an dem sich die Regierung wieder langsam emporarbeitete. Von Dank haben wir bisher nichts gespürt. Darben haben wir ja auch schon früher häufig müssen, das sind wir gewöhnt. Daß wir aber auch noch obdachlos dastehen müssen, das blieb der heutigen Regierung vorbehalten. Meine Damen und Herren! Ich habe mich

seinerzeit der sozialistischen Partei angeschlossen in der Hoffnung, daß nun auch soziale Vorkehrungen getroffen werden. Ich bin nicht für industrielle Sozialisierung. Aber die Grundrente, die ohne die Arbeit des einzelnen entsteht, kann und muß man sozialisieren. Was tut man aber? Man trifft hierzu nicht nur keine Maßnahmen, sondern im Gegenteil: man liefert selbst den bereits im Staatseigentum befindlichen Grund und Boden wieder der wüsten Privat-Spekulation aus! Die Regierung kann sich versichert halten, daß von den Beamten, die sich der sozialistischen Partei in der Hoffnung auf eine großzügige Bodenreform angeschlossen haben, nicht viele mehr bei dieser Partei bleiben werden, wenn sie sich in ihrer Hoffnung so betrogen fühlen. Entweder kommen wir zu einer großzügigen Bodenreform oder unser Volk geht unter. Laßt uns über die Parteischranken hinweg den Weg zur sozialen Gesundung unseres Volkes finden!

**A. Pohlman** (Hohenaspe): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Dr. Domaschke hat Ihnen von dem Siegeszug erzählt, den der Heimstättengedanke in Deutschland durchlaufen hat. Dieser Siegeszug beschränkt sich aber nicht nur auf unser Vaterland, sondern hat auch auf die anderen kriegführenden Länder in weitestgehendem Maße übergegriffen. England, Amerika, Kanada, Australien, selbst das ferne Neuseeland schaffen Kriegerheimstätten. Unser großer Gegner Lloyd George hat durch die verlockende Aussicht, daß jedem englischen Soldat ein billiges Heim beschert werden solle, den Geist seiner Truppen aufrecht erhalten. Jetzt aber zur Stunde der Einlösung dieses Wortes scheint es doch, als ob der englische Kapitalismus wieder die Oberhand gewinnt, da Lloyd George augenscheinlich genötigt ist, sich auf ihn zu stützen. So ist denn im Parlament — und ich möchte dieses als warnendes Beispiel hinstellen, wie leicht die besten Gedanken durch kleine Abänderungsvorschläge verdorben werden können — ein Zusatz zur Kriegerheimstättenvorlage durchgedrungen, daß als gerechter Preis für die Enteignung des dazu nötigen Bodens der Marktpreis genommen werden müßte. Dieser Beschluß hat mit einem Schlage eine wilde Spekulation in englischem Grund und Boden entfacht. Sprunghaft gehen die Preise für solche Terrains, die sich zur Ansiedlung eignen, in die Höhe. Und das, was die Regierung den Soldaten versprochen hat, nämlich der billige Boden, ist jetzt nur möglich, indem das Land ungeheure Opfer bringt, die Spekulanten auszukaufen; oder die Regierung kann ihr Versprechen nicht einlösen; die Ansiedler werden zu Preisen angesetzt, die späteren Ruin bedeuten.

Aehnlich sucht man auch bei uns die Frage der Heimstättengründung zu trüben durch das Argument, es sei Land genug zu Siedlungszwecken vorhanden, wenn nur die nötigen Verkehrsmittel geschaffen würden, — man solle Bahnen bauen, von den Städten ins Land hinein, dann wäre billiges Land in Hülle und Fülle vorhanden. Diejenigen, welche so argumentieren, übersehen ganz und gar, daß ohne bodenreformerische Bindung des Bodens solche Verkehrswege nur dazu führen, die Bodenpreise zu steigern, so daß, wenn man das Fahrgeld zusammenrechnet mit dem Aufwand für die Bodensteigerung, ein Vorteil für die entfernt Wohnenden gar nicht mehr übrig bleibt. Nur der rein durchgeführte Bodenreformgedanke ohne alle solche scheinbaren gerechten Ver-

klausulierungen kann auf diesem Gebiet die Lösung des Problems bedeuten. Daher bitten wir Sie, festzuhalten an diesem Gedanken und sich nicht durch andere scheinbar wohlgemeinte Ratschläge betören zu lassen.

Stabsarzt Dr. **Ebeling:** Meine Damen und Herren! Je später der Abend, desto schöner die Gäste, möchte ich als Schlußredner der Debatte sagen. Ich bin leider nicht schön — fast vier Kriegsjahre tragen wenig zur Verschönerung des Menschen bei —, aber ich besitze eine schöne Seele — eine bodenreformerische —, und die hat mir der Mann, der neben mir sitzt — Herr Adolf Damaschke — eingepflanzt. In dieser Seele spiegeln sich die Gefühle, Gedanken, Bestrebungen des deutschen Volkes wieder, dessen Seele nach Neugestaltung der wirtschaftlichen Dinge drängt. Viele Aerzte doktern jetzt an dieser Seele herum. Diejenigen, welche derselben neue Wege weisen wollten, die sozialistischen, haben völlig versagt. Wie sagte doch der sozialistische Minister Wissel auf dem letzten Parteitage der Sozialdemokratie in einer Rede, die als Höhepunkt der Tagung empfunden wurde? „Wir haben den instinktiven Drang des Volkes nach höheren Lebensformen nicht befriedigen können. Der Partei fehlt hierfür noch das richtige Programm." Nun, es darf doch nicht darauf ankommen, ob wir einen bestimmten, nach der Parteischablone geformten Sozialismus treiben, sondern darauf, daß wir überhaupt Sozialismus treiben, richtigen, echten. Derselbe ist gefunden in der Bodenreform. Ich habe heute Abend im Geiste zweimal ein stilles Wiedersehen gefeiert. Das erste wurde veranlaßt, als mein Herr Vorredner von der Mieterpartei den Namen eines Mannes erwähnte, der in der Gegenbewegung der Bodenreform als ein Führer des Schutzverbandes zur Wahrung der Interessen des deutschen Gundbesitzes eine hervorragende Rolle spielt.

Die zweite Erinnerung betraf einen der glücklichsten Momente meines Kriegslebens. Es war der Tag, an welchem ich, aus der Stellung zurückkehrend, Herrn Damaschke in Lille über Kriegerheimstätten in seiner großzügigen, nichts verschweigenden Weise sprechen hörte, wie ich Zeuge war des endlosen Jubels, mit welchem unsere Feldgrauen den Ausführungen Damaschkes lauschten. Von dieser Zeit an predigten wir im Schützengraben von der herrlichen deutschen Zukunft, welche jedem Kriegsteilnehmer eine eigene Heimstätte bringen würde. Ja, sagten die Braven, das wäre etwas Schönes, etwas Großes — aber wir bekommen es nicht. Es geht damit wie mit Inspektor Bräsigs Pflaumen mit Schweinebraten. „Das ist ein schönes Gericht, aber wir bekommen es nicht." „Diesmal wird die Sache sicher," so lautete unsere Antwort. Sollen wir nun angesichts der Untätigkeit der neuen Regierung als Lügner dastehen? Nein und abermals nein. Wenn die neue Regierung nicht auf unsere Wünsche eingehen will — dann machen wir von dem Urrecht der Demokratie Gebrauch, wir wählen uns eine andere Regierung, die besseres Verständnis zeigt.

Wenn es wahr ist, was man uns sagte, daß die Demokratie die richtigen Männer an die richtige Stelle bringt, was brauchen wir uns noch lange zu entscheiden. Hier — auf Damaschke zeigend — sitzt der Mann, der unser Sehnen erfüllen kann, ein Mann, dessen ganzes Leben ein Kampf war für soziale Gerechtigkeit. Leider haben wir nicht verstanden, das Reich, nachdem dasselbe durch unsere Väter und Großväter politisch geeinigt war, auf dem

festesten aller Grundsteine, dem der sozialen Gerechtigkeit, aufzubauen. Darum ist das alte Reich dahingesunken; sorgen wir, daß das neue, welches wir in dieser dunklen Zeit, wo der kommende Friede wie ein Alpdruck auf uns lastet, neu aufbauen wollen, auf diesem Grunde, dem Grunde der Bodenreform errichtet wird. „O Schicksal, gib uns einen Mann, der diese Zeit, den wild gewordenen Renner mit eisernem Zügel leite," so beten wir, weil wir noch beten können, weil wir beten müssen.

Wir brauchen einen wirtschaftlichen Diktator, der unbeirrt seines Weges geht, dessen ganzes Leben im Dienste des Volkswohls aufgegangen ist, der sein schlohweißes Feiertagskleid niemals beschmutzt hat. Wir wollen keine sogenannten Sechswochen-Spezialisten auf sozialem Gebiet, wie sie sich jetzt massenhaft darbieten, die plötzlich ihr volksfreundliches Herz entdeckt haben.

Wie sagt doch Wissel, der Minister, weiter? „Das Volk selbst, je unerträglicher die sittlichen Zustände werden, schaut mit um so größerem Verlangen nach dem Panier, das den Weg aus dem Wirrsal weist. Wer dieses Panier entrollt, hinter dem wird das ganze Volk mit allen seinen inneren und guten starken Elementen treten. Wer die Formulierung dafür findet, wer neben den bei keinem Menschen auszuschaltenden materiellen und egoistischen Triebfedern auch die geistigen und sittlichen Kräfte bei einem ganzen Volke wirksam macht, der fesselt es für alle Zukunft an seine Fahne."

Dieser Mann ist da, er ist unter uns, er lebt unter uns, er hat soeben zu uns gesprochen wie ein Seher, ein Prophet, wie ein Vater. Dieser Mann heißt Adolf Damaschke. Stellen wir ihn an die Spitze eines neuen Reichsamtes, eines neuen zu so vielen anderen, stellen wir ihn an die Spitze *des größten Amtes* für unser Volk, des *Reichsheimstättenamtes*. Dieses Amt wird *das* Amt für das deutsche Volk werden.

Wahrlich, die Gegner rühren sich. Ich hörte neulich Herrn *Haberland* sprechen. Der Mann hat Mut, er verfügt über eine rabulistische Beredsamkeit, er jongliert mit dem Wort, er fasziniert die Menge, er ist in allen Sätteln gerecht, so daß er, der Mitschöpfer der Mietskasernen, sich sogar als ein begeisterter Freund des Flachbaues entpuppte. Solchen geschäftstüchtigen Männern müssen wir Männer entgegenstellen, die Haare auf den Zähnen haben, die sich nicht durch schöne Worte fangen lassen, namentlich nicht durch den Trick unserer Gegner, die da sagen: „Wir sind begeisterte Freunde der Heimstätten; aber die Inhaber derselben müssen freies Verfügungsrecht darüber haben." Wie schlau dieser Trick ausgedacht ist, konnte ich auf einem Aufklärungsabend in dem mir unterstellten Lazarett beobachten. Nachdem ich meine Kameraden noch besonders davor gewarnt hatte, auf den Vorschlag unserer Gegner „Die Heimstätte ist frei verfügbar" einzugehen, erklärte in der Besprechung sofort ein heißblütiger Jüngling: „Im Namen der sozialistischen Freiheit protestiere ich gegen jede Einschränkung der Heimstättenbesitzer." Dieser junge Mann hatte nichts begriffen; aber solche Torheit macht Schule, mit dem Schlagwort der Freiheit will man die Heimstätten zerschlagen.

Der heutige Abend, meine Herren vom Beamtenkartell, wird vielleicht viel größere Bedeutung erlangen, wie Sie heute ahnen, heute, wo zum ersten Male der Gedanke des Reichsheimstättenamtes vor einer so zahlreichen Vertreterversammlung der Beamtenschaft öffentlich ausgesprochen ist; eine neue

Zeit kann von diesem Abend ausgehen. Helfen Sie alle, Frauen und Männer, das neue Reichsheimstättenamt schaffen; sie tun damit einen gewaltigen Schritt nach vorwärts; Sie schaffen einen Kristallisierungspunkt für die Durchsetzung der Idee der Bodenreform in die Praxis. Befreien wir unser Volk von dem so lange auf demselben lastenden Fluch der steigenden Grundrente, wofür, wenn Sie noch eine Minute gestatten wollen, ich in den letzten Tagen ein schlagendes Beispiel erfuhr. Zur Schaffung von Kriegerheimstätten wollten wir ein Gelände erstehen. Der ursprüngliche Preis für den Morgen sollte 500 ℳ betragen. Nachdem einige Nachfrage nach dem Gelände stattgehabt hatte, sprang der Preis in wenigen Wochen auf 2000 ℳ für den Morgen. Hier haben Sie wieder ein Musterbeispiel von dem Unterschied zwischen Ware und Grund und Boden. Während erstere durch Konkurrenz im Preise sinkt, steigt letzterer sofort bei gesteigerter Nachfrage in unheimlicher Höhe. Mögen es sich die Besitzer des Landes warnend gesagt sein lassen, den Bogen nicht zu straff zu spannen. Es können Zeiten kommen, wo das ergrimmte Volk sich sein Anrecht auf den Boden einfach nimmt, wo von einer Entschädigung keine Rede mehr sein wird. In der Tiefe unseres Volkes schlummern Kräfte, die elementar emporbrechen können. Diese entsetzliche Grundrente hat den Haß eines ganzen Volkes auf sich geladen, ein Haß, der durch die täglich steigenden Mieten, durch Wohnungsnot täglich neue Nahrung erhält. Aus allen diesen Gründen brauchen wir in letzter Stunde das Reichsheimstättenamt. Intelligenzen zur Besetzung eines solchen besitzen wir in Hülle und Fülle. Menschen, mit weißer Weste, erprobt durch jahrelangen Kampf gegen die Auswüchse eines falschen Bodenrechts, das uns an den Abgrund gebracht hat. Hier ist der Punkt, wo der Hebel eingesetzt werden muß. Das Reichsheimstättenamt wird der große Gesundbrunnen für unser Volk werden. Und wenn der englische Luftdienst Flugblätter auf unsere Front herabflattern ließ des Inhalts: „Was habt Ihr Deutschen für eine schlechte Regierung, die gönnt Euch als vaterländische Erde kaum die Erde im Blumentopf", und wenn tausende unserer teuren Toten erst im Tode zu einem kleinen Stückchen Erde als Ruhestätte kommen, während sie im Leben landlos blieben, so sollen diese traurigen Erscheinungen in Zukunft gebannt werden. Jeder Deutsche soll Teil haben am deutschen Boden: das heißt Volksgesundheit, das ist Volksreichtum. Dazu verhelfe uns das neue Reichsheimstättenamt. Während um uns alles Nacht erscheint, während wir verzweifelt vor den Trümmern Deutschlands stehen, während der kommende Friede wie ein Würgeengel über uns schwebt, da zeigt sich trotz aller Finsternis ein heller Punkt am Himmel. Siehe! Auf den Wogen ruhigen Gedeihens naht die Arche der Bodenreform, in welche wir alle unseren Kummer, unsere Trübsal hineinladen, auf der Kommandobrücke steht als Kapitän Herr Adolf Damaschke und am Heck flattert hell unsere Fahne mit dem Flammenwort: Bodenreform, Bodenreform, Bodenreform!

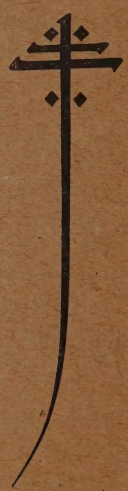
**Versammlungsleiter:** Die Rednerliste ist nunmehr erschöpft. Herrn Dr. Damaschke und allen übrigen Rednern danke ich nochmals für ihre tatkräftige Mitwirkung. Gleichzeitig richte ich an die anwesenden Herren Abgeordneten die Bitte, mit allen Kräften für die heute hier vorgetragenen Wünsche, vor allem für die Heimstätten, einzutreten. (Die Abgeordneten geben ihre Zustimmung durch Kopfnicken kund.) Alsdann lasse ich jetzt über die der

Versammlung bereits vorgeschlagene und zur Verlesung gebrachte Entschließung abstimmen (wird nochmals verlesen):

„Die vom Kartell Groß-Berlin des Deutschen Beamtenbundes nach den Sophiensälen, Berlin, einberufene, von mehr als 1500 Personen besuchte öffentliche Versammlung gibt nach einem Vortrage Dr. Adolf Damaschkes der Ueberzeugung Ausdruck, daß nur die sofortige kraftvolle Durchführung der Grundgedanken der Bodenreform und der damit zusammenhängenden Heimstätten- und Siedlungsfrage in Stadt und Land unser Volk vor dem Untergange bewahren und zur Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse beitragen kann. Dringendes Erfordernis der Stunde ist, daß nur Persönlichkeiten, die diesen Gedanken rücksichtslos vertreten, an die Spitze des Heimstätten- und Siedlungswesens gestellt und mit unbeschränkter Machtbefugnis ausgestattet werden."

Die Entschließung wird unter minutenlangem Beifall **einstimmig** angenommen.

Nach einem kurzen Schlußwort Dr. Damaschkes wurde die in seltener Harmonie verlaufene, eindrucksvolle Versammlung mit einem jubelnden Hoch auf die deutsche Beamtenbewegung und die deutsche Bodenreformbewegung geschlossen.



87-B12295

# Was kann ich in dem Kampfe für das neue deutsche Bodenrecht tun?

Auch hier darf niemand zurückstehen, auch hier gilt die allgemeine Wehrpflicht. Es gilt, in erster Reihe sich selbst Klarheit zu schaffen über diese großen wirtschaftlichen Zusammenhänge. Der einfachste und erfolgreichste Weg ist der, daß man der Organisation beitritt, die, politisch und religiös neutral, im deutschen Sprachgebiet den Gedanken des deutschen Bodenrechts vertritt: dem

## Bunde Deutscher Bodenreformer

**Berlin, Lessingstraße 11.**

Sein Programm umfaßt nur einen Satz:

„Der Bund Deutscher Bodenreformer tritt dafür ein, daß der Boden, die Grundlage aller nationalen Existenz, unter ein Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert, das jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt, und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des Einzelnen erhält, möglichst dem Volksganzen nutzbar macht."

Der Jahresbeitrag beträgt nur 6 ℳ oder 8 Kronen. (Postscheckkonto: Berlin 3900; Postsparkassenamt: Wien 130 865.)

Die Mitglieder erhalten seine Zeitschrift „Bodenreform" (erscheint 2mal monatlich in Heften zu 32 Seiten) kostenfrei zugesandt. Die „Bodenreform" ist die verbreitetste volkswirtschaftliche Zeitschrift im deutschen Sprachgebiet und berichtet fortlaufend über die Kämpfe, die Siege, die Mißerfolge des Bodenreformgedankens, jetzt insbesondere über den Weg der Kriegerheimstätten im Reich und Oesterreich-Ungarn.

Durch eine besondere Stiftung sind wir in der Lage, jedem, der sich **jetzt** diesem Bunde anschließt, **völlig kostenfrei** außer der Zeitschrift auch das „Zeugnisbuch für Bodenreform" von Geheimrat Dr. Schrameier, dem ehemaligen kaiserlichen Kommissar des Kiautschou-Gebietes, zu übersenden.

### Beitritts-Erklärung.

An den **Bund Deutscher Bodenreformer, Berlin NW 23, Lessingstraße 11.**

Unterzeichneter erklärt hiermit seinen Beitritt zum Bund Deutscher Bodenreformer und ersucht um regelmäßige **kostenfreie** Zusendung der „Bodenreform". Der Halbjahrsbeitrag von 3 **Mark** liegt bei — folgt auf Postscheckkonto 3900 Berlin.

..... am ..... 19.....

Name (deutlich): .....

Stand: .....

Ort und Straße: .....

Soeben erschien das 50.—60. Tausend der

# Geschichte der Nationalökonomie

Eine erste Einführung
von **Adolf Damaschke.**

In 2 Bänden.

**Band I. 400 Seiten. Preis 4,— Mark, gebunden 6,50 Mark.**

Inhalt des 1. Bandes:

1. Von den Aufgaben der Nationalökonomie.
2. Das Altertum. (Israel, Hellas, Rom.)
3. Das Mittelalter und das kanonische Recht. (Ostansiedlung, deutsches Städtewesen, die Lehre vom gerechten Preis und vom Zins.)
4. Das Zeitalter des Merkantilismus. (Der Staatssozialismus des polizeilichen Wohlfahrtsstaats.)
5. Die Physiokraten und die französische Revolution.
6. Die liberale Schule. (Die Lehre vom Wert, von der Arbeitsteilung, vom Bevölkerungsgesetz, von der Grundrente, vom Freihandel, das Manchestertum.)

**Band II. 399 Seiten. Preis 4,— Mark, gebunden 6,50 Mark.**

Inhalt des 2. Bandes:

7. Das nationale System. (Die Festlandssperre, Friedrich Lists Märtyrertum, das Nationale System, Mitteleuropa, Historische Schule und Staatssozialismus, christlich-sozial, national-sozial.)
8. Der Kommunismus. (Die großen Utopisten. Karl Marx und Ferdinand Lassalle Die Entwicklung der Sozialdemokratie.)
9. Die Anarchisten. (Die Lehre vom Staat und vom Parlamentarismus. Der russische Anarchismus.)
10. Die Bodenreform. (Die Bodenfrage in England und Amerika, in Frankreich, Italien, Rumänien, Finnland, Ungarn, Bulgarien, bei den Osmanen und Zionisten. Die russische Entwicklung im Lichte der Bodenfrage. Die deutsche Bodenreform.)

---

**Preußisches Verwaltungsblatt:** Wir wüßten zurzeit kein anderes Werk, das so sehr zur ersten Einführung in die Geschichte der Volkswirtschaftslehre geeignet wäre.

**Der Kunstwart:** So ist dieses Buch — mehr als irgendein anderes Buch geeignet, das unserer allgemeinen Bildung so notwendige deutsche Hausbuch der Volkswirtschaftsgeschichte zu werden.

**Magdeburgische Zeitung:** Dies ist das Buch, das sich viele schon lange gewünscht, auf das viele gewartet haben, denen nach Verständnis verlangte für wichtige Aufaben unserer Zeit, um mitarbeiten zu können an ihrer Lösung.

Gegen Einsendung des Betrages kostenfreie Zusendung durch die

**Buchhandlung „Bodenreform", Berlin NW, Lessingstr. 11.**

---

Gedruckt bei J. Harrwitz Nachfolger G. m. b H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 16.